

DER Offizier

Ausgabe 2/2025 × Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft



Interview Frau Bundesminister Tanner |

Die Zukunft Europas |

Militärkommando Kärnten |

**Regierungsprogramm:
Ein starkes Bekenntnis zu Europa**



WÄCHTER

„Land der Resilienz“ – eine Antwort auf hybride Kriegsführung

Der Bundespräsident und Oberbefehlshaber war in Finnland. Das ist eine gute Nachricht. Finnland hat als ehemaliges blockfreies Land, das sich zu einem Beitritt zum nordatlantischen Bündnis entschlossen hat, sicher einiges Interessantes zu berichten. Internationale Besuche gehören nicht nur zur diplomatischen Pflicht eines Staatsoberhauptes, der Bundespräsident konnte sich in Finnland auch über ein Thema informieren, das man in Österreich in der Öffentlichkeit oft lieber unter ferner liefen ablegt: hybride Bedrohungen. Wenn die Informationen dort umfassend waren, woran nicht zu zweifeln ist, werden wohl die einzelnen Elemente der hybriden Kriegsführung angesprochen worden sein, die da wären: Cyberangriffe, Sabotage, Spionage, Desinformation, Informations- und Propagandakrieg, politische Einflussnahme, Geheimdienstaktivitäten, Söldner-einsätze, Nutzung nichtstaatlicher Akteure als Stellvertreter, Unruhestiftung, ethnische/kulturelle Spaltung, elektronische Kriegsführung, soziale Destabilisierung, Angriffe auf Energie-, Transport- und Kommunikationsnetze, Handelskriege, Sanktionen, Ressourcenmanipulation, False-Flag-Operationen, inszenierte Provokationen und vieles mehr. Alles das prasselt in Zeiten geopolitischer Unruhe auf demokratische Gesellschaften ein.

/ Hat sich erklären lassen, dass hybride Angriffe nicht bloß eine Science-Fiction-Fantasie sind, sondern Realität – und dass Länder wie Finnland sehr wohl wissen, was das bedeutet. Der Präsident würdigt Finnland deshalb auch als das „Land der Resilienz“. Eine schöne Formel. Und ein bitterer Spiegel. Denn man muss sich fragen: Wo steht da Österreich? Was wird Österreich aus dieser Erkenntnis machen? Eine vorsichtige Prognose: nicht viel. Das Muster ist bekannt. Man sieht sich etwas an. Man zeigt sich beeindruckt. Man erkennt den Ernst der Lage – und dann passiert: meistens nichts. Vielleicht ein Arbeitskreis. Vielleicht eine neue Broschüre. Vielleicht eine bewusstseinsbildende Maßnahme irgendwo zwischen Plakat-

wand und PowerPoint. Aber echte strukturelle Konsequenzen? Echte Investitionen in Schutz, Vorbereitung, Widerstandskraft? Echte Verankerung im Alltag der Bevölkerung? Wohl kaum.

/ Dabei hätte Österreich sogar eine historische Vorlage, wenn man einmal nur die Schutzraumfrage betrachtet: ein Bundesgesetz, das in früheren Zeiten den Schutzraumbau in öffentlichen und sogar privaten Gebäuden vorsah. Ja, richtig gelesen: Es war einmal gesetzlich vorgesehen, dass im Ernstfall ein Raum da ist, in dem man nicht gleich schutzlos ist. Doch dieses Kapitel ist längst geschlossen – wegrationalisiert, weggehott, weggespart, wegintervenierte, nicht erhalten und im privaten Bereich oft zu Sauna und Weinkeller umfunktioniert.

/ Man bestaunt die finnische Resilienz und nickt wissend, während man gleichzeitig hofft, dass die Dinge schon irgendwie gut gehen werden. Dass der Strom nicht ausfällt, das Netz nicht kollabiert, es keine Verstrahlung mehr gibt, die Informationen schon irgendwie stimmen werden. Man hat ja Social Media und ist sicher gut informiert, kann aber Fake-News nicht von echten Informationen unterscheiden. Der Zivilschutz? Eine Randnotiz. Die Selbstschutzkompetenz der Bevölkerung? Irgendwo zwischen Grillparty und Sirenenprobe vergraben.

/ Und gerade deshalb ist es umso bemerkenswerter, dass sich der Bundespräsident dieses Themas annimmt. Resilienz beginnt nämlich nicht mit Reden, sondern mit Strukturen. Mit Schutzräumen. Mit Notfallplänen. Mit einem funktionierenden Zentrum zur Bekämpfung von Desinformation. Mit dem Willen, auch das Undenkbare einmal durchzudenken.

/ Vielleicht führt die Reise des Präsidenten dazu, das Thema endlich ernst zu nehmen. Und vielleicht – ganz vielleicht – passiert dieses eine Mal mehr als symbolische Aufmerksamkeit. Vielleicht wird Resilienz nicht nur angeschaut, sondern auch gemacht.

/ Wir wollen optimistisch sein – trotz Budgetkrise. ✕

Inhalt

- 4 Brief des Präsidenten
- 6 Rückblick und Ausblick – Interview mit Bundesministerin Klaudia Tanner
- 9 Regierungsprogramm und Landesverteidigungsbericht – Strategische Weichenstellungen für ein wehrhaftes Österreich
- 13 Mission Vorwärts. Zukunft Miliz. Stellungnahme der Kommandanten der Milizverbände zum aktuellen Regierungsprogramm
- 15 Wehrpflicht auch für Frauen – oder gleich Gemeinschaftsdienst für alle?
- 17 Eine kritische Auseinandersetzung mit der Freiwilligkeit bei der Ableistung von Truppenübungen
- 20 Militärkommando Kärnten
- 23 Das Jahr der Weichenstellung: Wie der Krieg gegen die Ukraine Europas Zukunft prägen wird
- 27 Sicherheitspolitischer Bodenseekongress 2025. Trump ist kein Schachspieler, sondern ein Münzwerfer
- 28 70 Jahre Staatsvertrag und Österreichisches Bundesheer: Eine wegweisende Diskussion zur neuen sicherheitspolitischen Ordnung
- 30 Die internationale Lage und Österreich

DER OFFIZIER

Medieninhaber und Herausgeber: Österreichische Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien, ZVR-Zahl: 795014511

Chefredakteurin: Ass.Prof. Mjr Dr. Anna Kaiser, chefredaktion@oeog.at

Erscheinungsort: Wien

Marketing: marketing@oeog.at

Hersteller: TARGET GROUP Publishing GmbH, Brunecker Straße 1, 6020 Innsbruck

Druck: druckhaus scharmer GmbH, 8280 Fürstenfeld, Flurstraße 67

Fotos: gem. Einzelnachweis

Namentlich gezeichnete Beiträge und Ausführungen des „Wächters“ müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers decken.

Offenlegung gemäß § 24 und § 25 Mediengesetz:

Die Zeitschrift befindet sich zu 100 Prozent im Eigentum der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien. Die Richtung der überparteilichen Zeitschrift ist durch die Statuten der OÖG bestimmt und bezweckt Informationen in Wort und Bild zu Themen der internationalen und nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.



Produziert nach den Richtlinien des Österreichischen Umweltzeichens Druckhaus Scharmer, UW-Nr. 950

Vorwort

Sehr geehrte Kameradinnen und Kameraden, sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Mit großer Freude und mit Respekt richte ich mich in dieser Ausgabe erstmals als neue Chefredakteurin an Sie. Mein besonderer Dank gilt meinem Vorgänger, GenMjr i.R. Dr. Harald Pöcher, dessen umsichtige Führung „Der Offizier“ über Jahre geprägt hat. Es ist mir eine Ehre, diese Aufgabe nun fortzuführen und gemeinsam mit einem engagierten Redaktionsteam sicherheitspolitische Entwicklungen und aktuelle militärische Themen für Sie aufzubereiten.

/ Wir leben in herausfordernden Zeiten: Der Krieg in der Ukraine hat Europa wachgerüttelt und er wird Europas Zukunft prägen. Auch die transatlantischen Beziehungen haben sich nach den US-Wahlen grundlegend geändert – die Auswirkungen auf Europa sind medial allgegenwärtig. Neutralität bedeutet nicht Untätigkeit. Österreich muss seine sicherheitspolitische Rolle im Rahmen der Europäischen Union aktiv gestalten.

/ Das Regierungsprogramm skizziert die Antworten Österreichs auf die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen, denen es zusammen mit den europäischen Partnern zu begegnen gilt. Der aktuelle Landesverteidigungsbericht analysiert die Bedrohungslage und zeigt Handlungsfelder auf – auch im Bereich Personal. Wie Wehrpflicht und Freiwilligkeit dabei sinnvoll zusammenspielen können, ist eine Schlüsselfrage. Ein Interview mit der neuen – und gleichzeitig altbewährten – Bundesministerin für Landesverteidigung beleuchtet ihre Beurteilung der Lage und unterstreicht klar das österreichische Bekenntnis zu Europa.

/ In dieser Ausgabe stellen wir das Militärkommando Kärnten vor, das durch operative Stärke und zivil-militärische Kooperation überzeugt. Über zwei Veranstaltungen aus den Bundesländern berichten wir gesondert: Die Diskussion zu 70 Jahre Staatsvertrag in Wien und die Bodenseekonferenz in Vorarlberg mit Fokus auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit im D-A-CH-Raum.

/ Ich lade Sie ein, diese Ausgabe mit Interesse zu lesen. Die sicherheitspolitische Debatte braucht heute mehr denn je das Engagement, die Expertise und den Weitblick der Österreichischen Offiziersgesellschaft.

Mit kameradschaftlichen Grüßen,

Mjr Dr. Anna Kaiser
Chefredakteurin

Brief des Präsidenten

Lehren aus der Vergangenheit



© OÖG/FOTOSTUDIO WILKE

Anfang Mai fand in Oslo, Norwegen, ein Treffen der internationalen Offiziersgesellschaft (CIOR) statt. Der erste Konferenztage fiel zusammen mit dem „Tag der Freiheit“, an welchem dem Ende des Zweiten Weltkriegs gedacht wurde. Ausführlich wurde aber auch die Besetzung Norwegens durch die deutschen Truppen im Frühjahr 1940 analysiert:

Warum Norwegen 1940 militärisch unvorbereitet war

Im April 1940 begann mit dem „Unternehmen Weserübung“ die deutsche Besetzung Norwegens – ein blitzartiger Angriff, der das skandinavische Königreich militärisch und politisch überrumpelte. Obwohl der Weltkrieg schon 1939 begonnen hatte, war Norwegen nur unzureichend vorbereitet. Die Ursachen für diese Schwäche lagen tief – in politischer Naivität, strukturellen Defiziten und strategischen Fehleinschätzungen. Zentral war die norwegische Neutralitätspolitik. Im Vertrauen auf den Status als neutraler Kleinstaat glaubte die Regierung, vom Krieg verschont zu bleiben – wie schon im Ersten Weltkrieg und seit über hundert Friedensjahren. Warnungen über eine mögliche deutsche Aggression wurden ignoriert oder verharmlost. Diese politische Selbsttäuschung führte dazu, dass keine systematische Verteidigungsplanung erfolgte.

Militärisch war Norwegen dementsprechend schlecht aufgestellt. Die Streitkräfte waren schwach ausgestattet und kaum einsatzbereit. Es fehlte an moderner Bewaffnung, insbesondere an Flugabwehr, Panzerabwehrmitteln und einer schlagkräftigen Luftwaffe. Die Marine bestand größtenteils aus veralteten Einheiten, während die Armee weder

über ausreichende Mobilisierungspläne noch über eine einheitliche Führungsstruktur verfügte. Nur wenige Einheiten waren im Frühjahr 1940 überhaupt einsatzbereit. Zudem herrschte eine fatale Fehleinschätzung der eigenen strategischen Bedeutung. Norwegen war für das Deutsche Reich ein entscheidender geografischer Faktor: Über norwegische Häfen wurde das kriegswichtige schwedische Eisenerz verschifft. Darüber hinaus boten die Fjorde ideale Stützpunkte für Kriegsmarine und Luftwaffe im Atlantikkrieg gegen Großbritannien. In Berlin war man sich dieser Vorteile bewusst – in Oslo nicht.

Die Besetzung Norwegens offenbarte damit nicht nur operative Schwächen, sondern auch die Risiken einer Sicherheitsstrategie, die sich auf politische Wunschvorstellungen stützte. Norwegen 1940 ist ein Lehrbeispiel für die Folgen mangelnder Weitsicht, strategischer Naivität und politisch motivierter Unterrüstung.

Norwegens Lehren aus dieser Niederlage waren eindeutig: Neutralität schützt nicht vor Übergriffen, wenn man geopolitisch relevant ist, aber militärisch schwach bleibt. Diese Erkenntnis bildete nach 1945 die Grundlage für eine grundlegende Neuausrichtung der norwegischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. 1949 trat Norwegen der NATO bei – ein radikaler Bruch mit der Vorkriegspolitik. Zwar wurde aus Rücksicht auf die Sowjetunion auf die dauerhafte Stationierung fremder Truppen verzichtet, doch Norwegen band sich eng an das westliche Bünd-

nis. Die Verteidigungsstrategie setzte fortan auf Abschreckung, Kooperation und vernetzte Sicherheit. Diese Linie prägt das norwegische Selbstverständnis bis heute.

Trotz der NATO-Kooperation hat Norwegen zuletzt eine umfassende Modernisierung und Aufstockung seiner militärischen Kapazitäten eingeleitet. Derzeit umfasst die norwegische Armee etwa 27.000 aktive Soldaten und bis zu 140.000 Reservisten (bei ca. 5,5 Mio. Einwohnern). Seit 2015 gilt die Wehrpflicht sowohl für Männer als auch für Frauen. Die Dienstzeit beträgt zwölf Monate in den regulären Streitkräften, gefolgt von sechs Monaten in der Heimwehr.

Norwegen hat seit 2014 jährlich zwischen 1,5 bis 2,0 % des BIP für Verteidigung aufgewendet. In einem Beschluss aller politischen Parteien wurde festgelegt, dass das Verteidigungsbudget auf 3 % des BIP erhöht und von 2025 bis 2036 in Summe über 160 Mrd. Euro ausgegeben werden.

Was geht das Österreich an?

Österreichs sicherheitspolitische Situation im Jahr 2025 weist Parallelen zu Norwegens Lage vor der deutschen Invasion 1940 auf. Wie Österreich heute setzte Norwegen damals auf Neutralität und diplomatische Vereinbarungen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Norwegen erkannte zu spät die strategische Bedeutung seines Territoriums und war militärisch unzureichend vorbereitet. Auch das Bundesheer in Österreich ist derzeit wie das norwegische damals materiell und personell schlecht vorbereitet. Ebenso wie unsere geografische Lage in der Tiefe – „wir sind nur von Freunden umgeben“ – häufig falsch beurteilt. Den Wenigsten

ist bewusst, dass das Donautal und die Alpenpässe Bewegungslinien von europäischer Bedeutung sind.

Österreich hat mit dem „Aufbauplan ÖBH 2032+“ eine umfassende Modernisierung seiner Streitkräfte eingeleitet. Dieser Plan sieht Investitionen von über 16 Mrd. Euro bis 2032 vor, um das Bundesheer technologisch und strukturell weiterzuentwickeln. Dazu gehören die Anschaffung moderner Luftabwehrsysteme, gepanzerter Fahrzeuge und die Erneuerung der Luftfahrzeugflotte. Trotzdem wird der Verteidigungsaufwand 2025 und 2026 nur knapp über 1 % des BIP liegen und sieht der derzeitige Bundesfinanzrahmen für die Jahre danach keine weitere Erhöhung vor, obwohl das Regierungsprogramm einen Anstieg auf 2 % des BIP ankündigt. Im internationalen Vergleich hinken Österreichs Anstrengungen weiter deutlich hinterher.

Der Aufbauplan erfordert eine langfristige finanzielle Planungssicherheit und eine konsequente politische Unterstützung. Zudem muss die Einsatzbereitschaft der Truppe durch regelmäßige Übungen in ihrer Reaktions- und Durchhaltefähigkeit erhöht werden. Dazu hält der Landesverteidigungsbericht 2024/25 unmissverständlich fest: „Mit dem aktuellen Mobilmachungsrahmen von 55.000 Soldatinnen und Soldaten ist ein Einsatz zur militärischen Landesverteidigung über einen längeren Zeitraum nicht durchhaltefähig. Der Personalumfang des ÖBH ist in der Friedensorganisation und in der Mobilmachungsorganisation mittelfristig zu erhöhen.“

Im Vergleich zu Norwegen 1940 befindet sich Österreich auf einem besseren Weg, seine Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Die aktuellen Maßnahmen zeigen ein höheres Bewusstsein für die sicherheitspolitischen Herausforderungen und die Notwendigkeit, darauf vorbereitet zu sein. Allerdings ist es entscheidend, dass die geplanten Reformen und Investitionen konsequent umgesetzt werden, um nicht in eine ähnliche Lage wie Norwegen damals zu geraten.

Zahlreiche Analysten gehen davon aus, dass Russland die Einheit der NATO und die Verteidigungsfähigkeit der EU testen und dazu bis 2029/30

die Voraussetzungen schaffen wird. Vor diesem Hintergrund besteht die Notwendigkeit, die österreichischen Anstrengungen noch zu steigern und nicht in Frage zu stellen.

Dazu formuliert der Landesverteidigungsbericht Handlungsfelder mit vier eindeutigen Zielsetzungen:

1. Handlungsfeld Kampfkraft: Das ÖBH2032+ verfügt über ausreichend qualifiziertes Personal, ist mit modernen Waffen und Gerät ausgerüstet sowie willens und fähig, einen Angreifer zu besiegen.
2. Handlungsfeld Reaktionsfähigkeit: Das ÖBH2032+ ist stets bereit, schnell und entschlossen auf Bedrohungen zu reagieren.
3. Handlungsfeld Führungsüberlegenheit: Das ÖBH2032+ trifft auf

Grundlage eines überlegenen Lagebildes die richtigen Entscheidungen.

4. Handlungsfeld Durchhaltefähigkeit: Das ÖBH2032+ kann den Kampf länger als der Angreifer führen.

Die Stoßrichtung erscheint logisch und ist von einer umfassenden Risikoabschätzung abgeleitet. Ich überlasse den Realitätscheck jedem Lesenden selbst. Ich selbst bin – wie kürzlich in der ZIB 2 geäußert – skeptisch. Sönke Neitzel, Professor für Militärgeschichte an der Uni Potsdam, sagte im deutschen Fernsehen, womöglich stehe „der letzte Sommer in Frieden“ bevor. Genießen Sie ihn also!

**Mag. Erich Cibulka, Brigadier
Präsident der Österreichischen
Offiziersgesellschaft** ✕

Mit Sicherheit bestens beraten.



Stephan Paul

☎ 050 350 - 21567
☎ 0664 / 829 74 48
✉ s.paul@wienerstaedtsche.at
📍 Am Spitz 10, 1210 Wien
(Eingang Schwaigergasse)

Bundesheerbetreuung für Soldat:innen und ihre Familien

Team Bundesheer, Versicherungsspezialist:innen für Auslandseinsätze

#einesorgeweniger
Ihre Sorgen möchten wir haben.

**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP

Rückblick und Ausblick

Interview mit Bundesministerin Klaudia Tanner

Der Offizier: Frau Bundesminister, wir stehen mit dem Beginn der Legislaturperiode und Ihrer Wiederbestellung sozusagen zwischen den Zeiten und sowohl Rückblick als auch Ausblick bieten sich an. Was waren aus Ihrer Sicht die großen Errungenschaften der letzten fünf Jahre für das Österreichische Bundesheer?

FBM: An erster Stelle ist auf jeden Fall zu nennen, dass es uns gelungen ist, eine Finanzierung sicherzustellen, die uns die notwendige Planbarkeit gibt, um zu einer modernen Armee zu werden. Mit der „Mission Vorwärts“ und dem Aufbauplan haben wir Schritte in die richtige Richtung gesetzt. Viele große Beschaffungen sind bereits im Zulauf – im Bereich der Hubschrauber, die Nachfolgeentscheidung für das Transportflugzeug, die Pandur-Familie, die neuen Uniformen, um nur die großen Dinge zu erwähnen.

/ Als großen Meilenstein sehe ich, dass wir als Bundesheer im November 2024 den ersten Platz im Vertrauensindex erreicht haben. Das heißt, dass die Bevölkerung tatsächlich sieht, dass wir da sind, um 24/7 getreu unserem Motto Schutz und Hilfe zu leisten.

/ Ganz wesentlich ist auch, dass wir es geschafft haben, die geistige Landesverteidigung in die nächste Generation zu führen und im Konzept der umfassenden Landesverteidigung wieder zu verankern. Dabei heißt es, die gesamte Gesellschaft mitzunehmen, wozu unser Netz an Informationsoffizieren einen großen Beitrag leistet.

/ Und natürlich gehört auch der freiwillige Grundwehrdienst für Frauen zu den erreichten Meilensteinen der vergangenen fünf Jahre. Nach zwei Jahren ist es damit gelungen, den Frauenanteil zu steigern.

Richten wir den Blick nach vorne – was werden die großen Herausforderungen der nächsten Jahre?

Unser großes Ziel ist es, den Aufbauplan 2032

hin zu einer modernen Armee abzuarbeiten, das zu schaffen, was wir uns vorgenommen haben, mit dem Steuergeld so transparent umzugehen, dass nicht der kleinste Anschein entsteht, da könnte etwas nicht korrekt gelaufen sein. Die Gesellschaft will wissen, dass das Geld, das wir ins Österreichische Bundesheer investieren, in ihre Sicherheit investiert wird.

/ Eine große Herausforderung der nächsten Jahre wird das Personal sein. Die Österreicherinnen und Österreicher haben 2013 für die Wehrpflicht entschieden, die Zustimmung ist in den vergangenen Jahren sogar noch mehr gestiegen. Wir stehen nun allerdings vor den geburten-schwachen Jahrgängen, es gibt keine Gewissensprüfung mehr bei einer Entscheidung für den Zivildienst – die jungen Männer entscheiden frei, auch die jungen Frauen entscheiden frei. Es wird nunmehr wesentlich, das Personal in den Fokus zu setzen. Im Regierungsprogramm haben wir einen Grundwehrdienstbeauftragten vorgesehen, der sich um die einzelnen Sorgen und Herausforderungen der Grundwehrdiener kümmert, in jenem Bereich, auf den es gilt, aufzusetzen. Personalgewinnung ist inzwischen in jedem Bereich eine große Herausforderung – im öffentlichen Dienst wie auch in der Wirtschaft, egal wo man hinschaut. Neben dem Weiterarbeiten am Wehrwillen und an der Wehrfähigkeit ist das eine der großen Baustellen der Zukunft.

Um noch kurz beim Personal zu bleiben: In der Offiziersausbildung haben wir ein gewisses Spannungsfeld. Auf der einen Seite die militärische Hierarchie, auf der anderen Seite wird die persönliche Eigenverantwortung immer wichtiger. Wie können wir dem in der Ausbildung im Bundesheer in Zukunft begegnen?

Ich glaube ein Schlüsselpunkt wird sein, dass wir uns auch in der Ausbildung auf neue Situationen ausrichten, in allen unseren Bildungseinrichtungen. In den vergangenen Jahren haben sich die Anforderungen und auch Zugänge verändert,



© HBF/DANIEL TRIPPOLI

Bundesministerin Klaudia Tanner im Interview

was nicht heißt, dass das hierarchisch strukturierte System, wie wir es im Bundesheer haben, oder die Einheit der militärischen Führung oder irgendeiner der militärischen Führungsgrundsätze in Frage gestellt wird. Aber wir müssen erkennen, dass man auf neue Herausforderungen auch anders reagieren muss. Ich bin überzeugt davon, dass die Ausbildungsverantwortlichen dies durchaus realisieren und in der Ausbildung darauf eingehen. Wenn wir junge Menschen anziehen wollen, und da gibt es positive Entwicklungen, wenn man sich die Zahlen an der Theresianischen Militärakademie anschaut, müssen wir eine Balance finden, besonders wenn es darum geht, die jungen Offiziere als Verantwortungsträger vorzubereiten und auch im System zu behalten. Und da ist in jedem Fall die Frage der Eigenverantwortung eine, die stärker zu betonen ist, als das in der Vergangenheit der Fall war. Die Kommandantenverantwortung muss viel stärker wahrgenommen werden, weil die Bedrohungen heute gänzlich andere geworden sind und darauf schneller reagiert werden muss. Ich bin davon überzeugt, dass wir Ausbildungsverantwortliche haben, die genau wissen, in welche Richtung das gehen muss.

/ Es hat sich aber auch unsere Gesellschaft verändert und damit auch die jungen Männer und Frauen, die andere gesellschaftliche Zugänge mit sich bringen, darunter Themen, die in der Vergangenheit gar nicht diskutiert worden sind. Darunter fällt auch die Balance zwischen Arbeit und Familie, etwa, dass man sich um

Kinderbetreuung kümmert – so stellt etwa eine engagierte Offizierin des Jagdkommandos eine eigene Ferienbetreuung auf die Beine. Wir haben bereits jetzt in sehr vielen Bereichen Personalmangel, der sich in den nächsten Jahren noch verstärken wird. Persönliche Eigenverantwortung und aktiver Umgang mit neuen Herausforderungen werden damit immer wichtiger.

Was sind drei gute Gründe, warum man sich dafür entscheiden sollte, Soldatin oder Soldat zu werden?

Man kann alles werden – die Berufsmöglichkeiten sind so vielfältig wie nirgendwo sonst.

/ Das Bundesheer ist ein Arbeitgeber, wo man für gleiche Leistung gleich bezahlt wird, egal ob Mann oder Frau, das ist leider in der Wirtschaft – und ich war lange im wirtschaftlichen Bereich tätig – noch immer nicht der Fall.

/ Soldatin oder Soldat ist auch kein Job wie jeder andere, es ist ein Job, bei dem man seinem Land etwas zurückgibt. Das beginnt beim Grundwehrdiener, der zum ersten Mal mit dem Wortlaut „zu dienen“ angelobt wird, ein ganz besonderer Moment, der sich in der militärischen, aber auch der politischen Laufbahn wiederholt, aber immer besonders bleibt.

Wechseln wir auf die geopolitische Bühne. Das Regierungsprogramm ist ein starkes Bekenntnis zu Europa. Gerade in der sich verändernden Großwetterlage nach den Wahlen in den USA stellt sich die Frage, wo Sie

Regierungsprogramm und Landesverteidigungsbericht – Strategische Weichenstellungen für ein wehrhaftes Österreich

Jetzt das Richtige tun. Für Österreich. Das Regierungsprogramm 2025–2029

Österreich sicherheits- und verteidigungstechnisch in Europa sehen.

Für uns in Österreich sind Hausaufgaben zu machen, das ist eben der angesprochene Aufbauplan 2032 für eine moderne Armee, aber auch Europa als Ganzes darf sich nicht zurücklehnen. Dieses Verlassen auf Amerika, das uns dann schon irgendwie helfen wird, dieses Denken, dass wir doch auf einer Insel der Seligen leben, das hat sich zum Glück schon gewandelt. Die Europäische Kommission hat nicht umsonst betont, dass wir resilient werden müssen, dass wir verteidigungsfähig werden müssen, nicht nur wir in Österreich, sondern die gesamte Europäische Union. Alle europäischen Staaten haben in der Vergangenheit ihre Verteidigungsetats gekürzt. Wie schwierig es ist, dies wieder rückgängig zu machen, sehen wir auch in den Nachbarstaaten, etwa in Deutschland. Als Österreich brauchen wir uns aber mit unserem Beitrag nicht verstecken, umso mehr tut es mir weh, wenn der eine oder andere von Trittbrettfahrern spricht.

/ Wir haben sowohl quantitativ als auch qualitativ eine unglaubliche Geschichte und eine Glaubwürdigkeit von mehr als sechs Jahrzehnten. Auch die Schwergewichte, die wir uns als Österreich gesetzt haben, brauchen wir nicht zu verstecken: Egal ob NATO-geführt bei KFOR oder von der EU mit EUFOR, unsere Präsenz am Westbalkan ist notwendiger denn je, das haben wir in jüngster Zeit wieder erleben müssen. Oder auch der Beitrag, den wir im Libanon bei UNIFIL leisten – nebenbei erwähnt wird das österreichische Kontingent zum ersten Mal von einer Kommandantin geführt. Wir leisten einen glaubwürdigen Beitrag im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und das wird durchaus auch gesehen.

/ Wir haben diesen Beitrag immer geleistet und werden ihn auch in Zukunft leisten – Stichwort European Sky Shield, da können wir nicht zulassen, dass über Österreich eine Lücke im Schirm entsteht. Und wenn wir die Möglichkeit haben, bei Beschaffungskoperationen mit dabei zu sein, wie wir das in der Vergangenheit in vielen Bereichen gemacht haben, müssen wir das nutzen. Das ist auch ein Beitrag zur Sicherheit Europas und nebenbei für uns kosteneffizienter und schneller. Wir verfolgen einen klaren Aufbauplan zur Stärkung der Luftraumüberwachung und einem schrittweisen Ausbau

in Richtung Luftverteidigung. Dabei wird insbesondere die Ausstattung mit Systemen für kurze und mittlere Reichweiten berücksichtigt. Im Regierungsprogramm ist ein Pfad definiert, um bis 2032 das NATO-Ziel von 2 % des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben zu erreichen.

/ Ein zentrales Thema dabei ist zudem die Zukunft der Eurofighter, deren technische Nutzungsdauer 2035 endet. Damit wird auch hier die Frage der Nachbeschaffung relevant. Neben diesen Großbeschaffungen ist es aber auch wichtig, die sicherheitspolitische Unabhängigkeit Europas zu stärken und die heimische Rüstungsindustrie zu fördern, um damit Abhängigkeiten zu reduzieren.

/ Wesentlich in diesem Zusammenhang ist aber, dass die Landesverteidigung nicht nur als Aufgabe des Verteidigungsministeriums verstanden wird, sondern als gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Demokratie, Freiheit und Sicherheit sind keine Selbstverständlichkeiten und daher sehe ich es sehr positiv, dass Themen wie Landesverteidigung und Demokratie wieder stärker im Lehrplan verankert werden.

Abschließend, Frau Bundesminister, was ist Ihnen persönlich wichtig am Dialog mit den Offizieren des Österreichischen Bundesheeres und was erwarten Sie von Ihren Offizieren, besonders im Hinblick auf Kommunikation und Zusammenarbeit?

Ich glaube, dass es wichtig ist, darauf zu achten, dass man in der Außenwirkung des Bundesheeres einen gemeinsamen Zugang zu den Dingen hat. Und immer wieder versucht, dann das Einende vor das Trennende zu stellen. Man erreicht einfach mehr, wenn man es gemeinsam tut, wenn man Inhalte, die groß kommuniziert werden im Vorhinein abstimmt, so dass sie nicht zum falschen Zeitpunkt angesprochen werden. Aber ich muss sagen, das funktioniert im Grunde sehr gut. Vielleicht gelingt es noch ein bisschen mehr, den Blick auf das Positive, das schon gelungen ist, zu lenken – natürlich bei aller Kritik, die auch notwendig ist. Das würde uns allen helfen, das Beste für das Österreichische Bundesheer zu erreichen. Vielen Dank.

Das Interview wurde am 24. April 2025 von der Chefredakteurin geführt. ✕

Angesichts neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen wurden im Regierungsprogramm 2025-2029 zentrale Entwicklungsfelder definiert, um das Österreichische Bundesheer zukunftsfähig auszurichten. Dabei stehen die Stärkung der personellen Strukturen, der internationalen Kooperation sowie die Weiterentwicklung der umfassenden Landesverteidigung im Vordergrund.

• Stärkung der Truppe und der Führungskultur

Um die Einsatzbereitschaft nachhaltig zu sichern, wird die personelle Substanz der Kompanien und Bataillone gezielt gestärkt. Zentrale Maßnahme ist die Erhöhung des Nachwuchses bei Unteroffizieren und Offizieren, um Fehlstellen in der Truppe zu beseitigen und die Einsatzbelastung des Kaderpersonals insbesondere an der Grenze und im Objektschutz zu reduzieren. Parallel wird in eine moderne Führungsausbildung investiert, um den sozialen und gesellschaftlichen Realitäten der Wehrpflichtigen besser zu entsprechen. Die Organisationskultur wird durch begleitende Maßnahmen in Führung und Kommunikation gestärkt.

• Internationale Einsätze und neue sicherheitspolitische Rolle

Österreich bekennt sich zur aktiven Teilnahme an internationalen Friedensmissionen. Mit der Novelle des Entsendegesetzes wird die militärische Beratung als Kernelement internatio-

ner Einsätze gestärkt. Auf Grundlage einer gesamtstaatlichen strategischen Vorausschau werden Auslandseinsätze künftig zielgerichteter geplant und in größeren Kontingenten durchgeführt. Schwerpunkte bleiben der Westbalkan und Krisenmanagement im Rahmen von UNO, EU, OSZE und NATO-Partnerschaft für den Frieden.

/ Besonders betont wird Österreichs Mitwirkung im Strategischen Kompass der EU. Dieser wird zur Leitlinie für zukünftige internationale Einsätze und Strukturrentscheidungen. Eine gesamtstaatliche Planung soll die Effizienz internationaler Beiträge erhöhen.

• Europäische Kooperation und GSVP

Österreich bekennt sich zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und beteiligt sich aktiv an deren Weiterentwicklung. Die sicherheitspolitische Integration wird im Einklang mit der österreichischen Verfassung vorangetrieben. Maßnahmen wie die verstärkte Beteiligung an bi- und multilateralen Ausbildungsmissionen, die Kooperation bei der „Schnellen Eingreiftruppe“ sowie gemeinsame Beschaffungen sollen die militärische Interoperabilität im europäischen Verbund erhöhen.

• Wehrhafte Demokratie und strategische Resilienz

Sicherheit beginnt bei der Staatsbürgerin und dem Staatsbürger. Die Bundesregierung stärkt daher die demokratiepolitische Bildung, die Resilienz

kritischer Infrastrukturen sowie die Vorbereitung auf Krisenszenarien wie etwa Blackouts. Ein ressortübergreifender Notfallvorsorgeplan und eine neue Sicherheitsstrategie bilden hierfür die Grundlage. Ziel ist ein aktualisiertes Profil der umfassenden Landesverteidigung, das militärische, zivile, wirtschaftliche und geistige Komponenten integriert.

• Luftverteidigung und Luftraumsicherung

Die Teilnahme an der European Sky Shield Initiative ist Ausdruck eines neuen Verständnisses von Luftraumverteidigung. Österreich investiert in moderne Flugabwehrsysteme mittlerer und großer Reichweite sowie in Nachfolgemodelle für die Eurofighter-Flotte und die Saab 105. Ein Weltraumlagebild sowie kooperative Modelle für Wartung und Ausbildung mit Partnerstaaten flankieren diese Vorhaben.

• Attraktivierung des Soldatenberufs und Frauenförderung

Um konkurrenzfähig zu bleiben, wird das Dienst- und Besoldungsrecht reformiert. Gehälter, Zulagen und Karrieremodelle werden an Standards im öffentlichen Sicherheitsbereich angepasst. Die akademische Ausbildung von Offizieren wird formal anerkannt. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Erhöhung des Frauenanteils im ÖBH. Ein ressortgeleiteter Maßnahmenkatalog und die Stärkung von Gleichstellungsstrukturen sollen die Vielfalt im Heer erhöhen. ➤

Stärkung der Miliz

Die Miliz als tragende Säule der Landesverteidigung wird durch rechtliche, soziale und strukturelle Maßnahmen gestärkt. Pensions- und besoldungsrechtliche Nachteile sollen beseitigt, Versicherungsschutz und Anerkennung im Zivilberuf verbessert werden. Anreize für längere freiwillige Bindungen sowie flexiblere Dienstmodelle werden geprüft. Ziel ist es, die Akzeptanz bei Arbeitgebern zu steigern und die Sichtbarkeit der Miliz zu erhöhen.

Cybersicherheit und technologischer Fortschritt

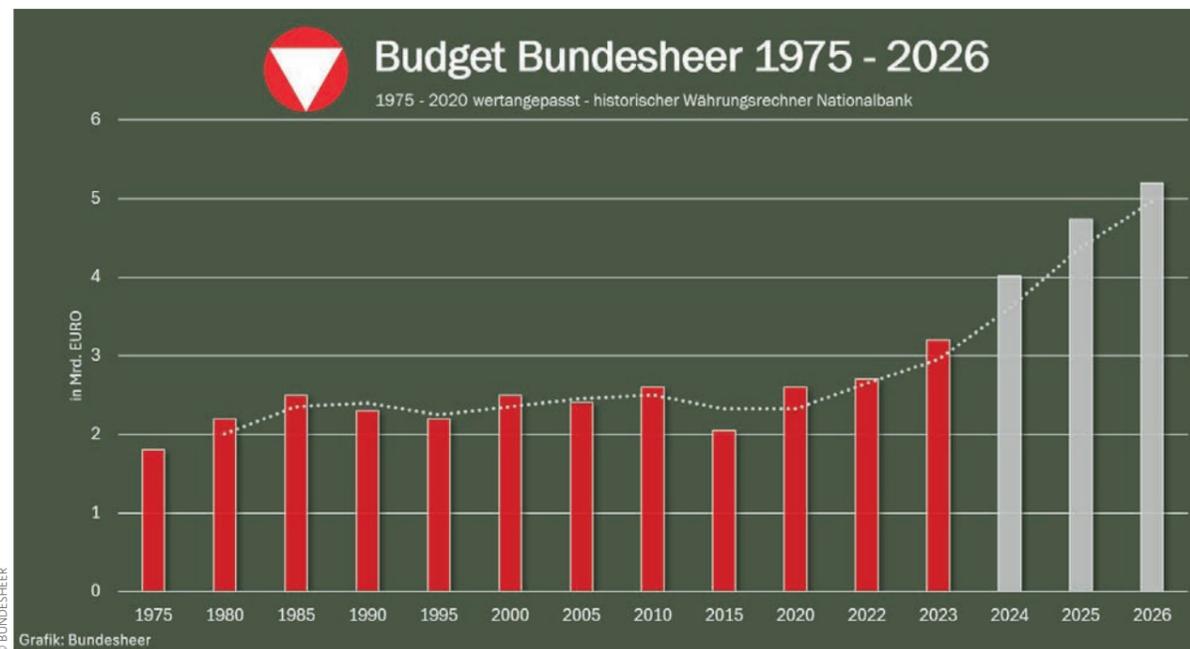
Der Schutz im Cyberraum wird zu einem Kernbereich der militärischen Landesverteidigung. Eine neue Teilstreitkraft für den Cyber- und Informationsraum wird aufgebaut. Multi-Domain Operations, künstliche Intelligenz und Quantenkommunikation fließen systematisch in die Lage-

bilderstellung und Ausbildung ein. Ein Masterstudium für Führungskräfte im IKT-Bereich und die Weiterentwicklung der Führungsunterstützungsschule zur Cyber-Informationstrupenschule sind zentrale Bausteine. Die Cyberlage wird regelmäßig parlamentarisch beraten.

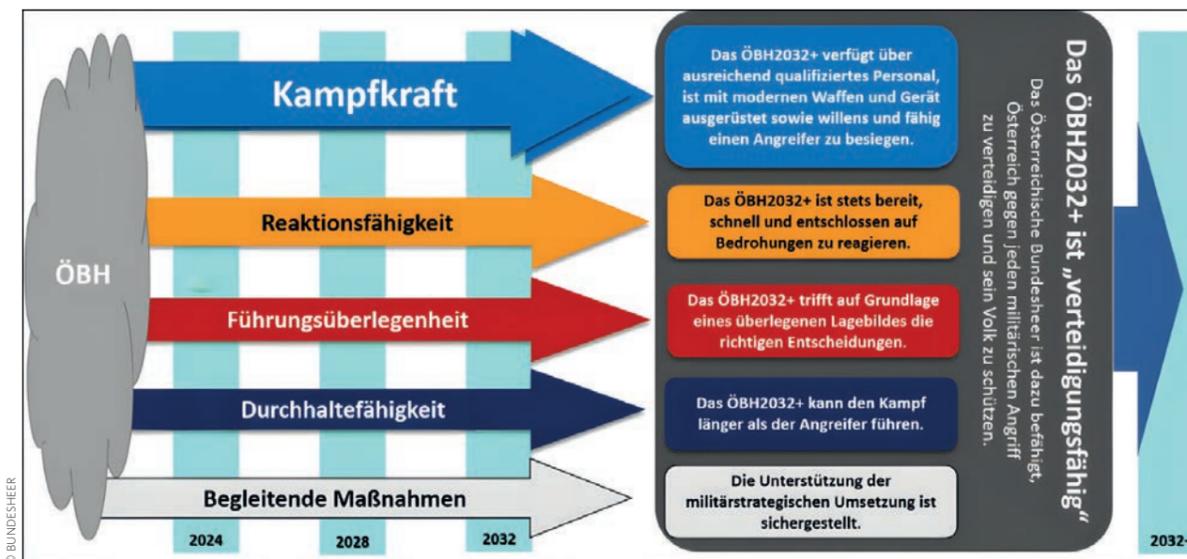
Vom aktuellen Sparpaket sollen die Ausgaben für die Truppe nicht betroffen werden, eingespart wird in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Inserate, Dienstreisen und Veranstaltungen. Im Jahr 2026 soll das Verteidigungsbudget mit 8,184 Milliarden Euro 1,25 % des BIP erreichen (im Vergleich zu 4,740 Milliarden Euro und 1,17 % im Jahr 2025). Für das Jahr 2026 ist das eine Steigerung von 8,5 % zum Jahr 2025. Damit wird dem von allen Parteien beschlossenen Landesverteidigungsfinanzierungsgesetz entsprochen. Im Herbst 2026 folgen die Verhandlungen für die darauffolgenden Jahre.

Landesverteidigungsbericht 2024/2025

Anschließend an die wesentlichen Punkte des Regierungsprogramms seien die Kernaussagen des Landesverteidigungsberichts 2024/2025 im Detail gebracht. Auf Grundlage des Landesverteidigungs-Finanzierungsgesetzes ist jährlich ein Landesverteidigungsbericht zu erstellen, dem jeweils ein zehnjähriger Planungshorizont zugrunde liegt. Der Landesverteidigungsbericht 2024/2025 baut auf die vorangegangenen Berichte auf und dient der Information über Maßnahmen zur Wiederherstellung der Fähigkeiten des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH) zur Abwehr gegenwärtiger und im Planungshorizont von zehn Jahren und darüber hinaus erwartbaren Bedrohungen. Er stellt die Konsequenzen aus den fundamental geänderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in Europa und dessen Umfeld dar und



Budgetentwicklung ÖBH 1975 bis 2026



Strategisches Ziel 2032+. Landesverteidigungsbericht, S. 17, Abb. 1)

beschreibt Bedarfe und Notwendigkeiten für die österreichische Landesverteidigung. Wesentliches Ziel ist dabei die Verteidigungsfähigkeit des Österreichischen Bundesheeres:

- Eine funktionierende Landesverteidigung gewährleistet den Schutz der österreichischen Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen. Damit wird auch die Souveränität Österreichs im Frieden, bei Bedrohungen in Krisenlagen sowie im Kriegsfall gewährleistet und ein Angreifer abgeschreckt.
- Das Ziel ist ein modernes ÖBH, das dazu befähigt ist, Österreich im Rahmen der Umfassenden Landesverteidigung (ULV) gegen jeden militärischen Angriff zu verteidigen und sein Volk zu schützen.
- Die Militärische Landesverteidigung ist die Kernaufgabe des ÖBH. Die Entwicklung der dazu erforderlichen Fähigkeiten ist komplex und deren Aufbau und Umsetzung benötigt Zeit. Durch langfristige Planungssicherheit muss sichergestellt sein, dass bis 2032 der Budgetanteil von 2 % BIP für die Landesverteidigung gewährleistet ist.
- Diese Anhebung des Budgets für die militärische Landesverteidigung

- ist erforderlich, um den Investitionsrückstand der letzten Jahrzehnte abzubauen und das ÖBH auf die Zukunft vorzubereiten. Eine Novelle des LV-FinG mit einer Anhebung des budgetären Zieles auf 2 % des BIP bis 2032 ist im aktuellen Regierungsprogramm zur langfristigen Absicherung der Verteidigungsfähigkeit vorgesehen.
- Im Rahmen der ULV muss in erster Linie ein Verständnis der Bevölkerung über Ziel und Zweck der ULV geschaffen werden. Die Umsetzung einer aktualisierten Österreichischen Sicherheitsstrategie und die Erstellung eines neuen „Landesverteidigungsplanes“ unter Berücksichtigung des Strategischen Kompass sowie des White Paper for Defence und der EU-Preparedness Union Strategy ist hierbei essenziell.
- Das ÖBH muss schnell, flexibel und robust organisiert und einsetzbar sein. Die für den Einsatz notwendigen Prozesse und Abläufe sind schon im Frieden anzuwenden bzw. zu üben, um sie im Einsatzfall zu beherrschen.
- Für die Reaktionsfähigkeit im Inland ist eine Bereitschaftstruppe/Inland aufzustellen. Es sind auch Milizele-

- mente mit höherem Bereitschaftsgrad („Reaktionsmiliz“) in diese zu integrieren.
- Für die Sicherstellung der planbaren Auslandseinsätze ist eine Bereitschaftstruppe/ Ausland vorzusehen.
- Zur Sicherstellung der reaktionsfähigen Kräfte ist die Erhöhung des Planstellenkontingentes notwendig.
- Im Falle der militärischen Landesverteidigung ist das ÖBH in seiner Gesamtheit oder mit Teilen mobilzumachen.
- Dem Personal ist höchste Priorität einzuräumen, um zum einen die geforderte Verbesserung der militärischen Fähigkeiten des ÖBH sicherzustellen und zum anderen ausreichend und auch höher qualifiziertes Personal bereitzustellen.
- Das ÖBH muss sich zu einem attraktiven Arbeitgeber entwickeln, der sich in der massiven Konkurrenz mit der Privatwirtschaft und anderen Institutionen des Staates behaupten kann.
- Die ressortinternen Optimierungs- und Verbesserungsmaßnahmen im Rahmen der Personalgewinnung bzw. -bindung sind mit Masse ausgeschöpft. Die erforderlichen Anreize, Anpassungen bzw. Änderun- ➤

Mission Vorwärts. Zukunft Miliz.

Stellungnahme der Kommandanten der Milizverbände zum aktuellen Regierungsprogramm

gen im Dienst- und Besoldungsrecht sind dringend umzusetzen.

- Das ÖBH muss über die Personalhoheit innerhalb des vorgegebenen gesetzlichen Rahmens verfügen. Die im aktuellen Regierungsprogramm vorgesehene Anpassung der Rechtslage hinsichtlich der Zuständigkeit für eigene organisatorische und personelle Strukturen (Einstufungen, Besoldung und Zulagen) ist daher zeitnah erforderlich.
- Der Personalbereitstellung kommt eine zentrale Bedeutung zu und bedarf einer leistungsfähigen Personalverwaltungs- und Ergänzungsorganisation. Es ist daher die Struktur und das qualifizierte Personal sicherzustellen sowie die verstärkte Digitalisierung, Automatisierung und Beschleunigung in Behördenverfahren und in der Administration weiter zu verfolgen. Dadurch ist über die Eigenverwaltung der Organisation in Friedenszeiten auch eine rasche Mobilmachung im Anlassfall zu ermöglichen.
- Zur Erfüllung der Kernaufgaben des ÖBH nehmen, neben den Unteroffizieren, die Truppenoffiziere eine essentielle Stellung ein. Seit nunmehr 25 Jahren ist für die Berufsoffiziere eine akademische Ausbildung – derzeit in Form eines Fachhochschul-Bachelorstudienlehrganges – Ernennungsvoraussetzung, ohne dass für diese Personengruppe eine ausbildungsadäquate Besoldung, wie im allgemeinen Verwaltungsdienst, eingeführt wurde. Die Besoldung der Truppenoffiziere ist daher anzupassen.
- Die Zahl der Grundwehrdiener stagniert bei etwa 15.000 jährlich. Hier ist im Rahmen der Geistigen Landesverteidigung der Wehrwille der österreichischen Bevölkerung zu stärken. Der Grundwehrdienst muss

als wertvoller Dienst an der Gesellschaft etabliert und die Bereitschaft zur Leistung des Grundwehrdienstes gesteigert werden. Auch das Potential der weiblichen Staatsbürger muss besser ausgenutzt werden.

- Die Weiterentwicklung des Milizsystems ist voranzutreiben und die nach wie vor gegebenen sozial- und arbeitsrechtlichen Nachteile für Angehörige der Miliz sind zu beseitigen.
- Zur möglichst raschen Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit ist es erforderlich, die Soldatinnen und Soldaten grundsätzlich nur für die Einsatzvorbereitung zur militärischen Landesverteidigung einzusetzen. Langandauernde Assistenzleistungen behindern diese Einsatzvorbereitung. Daher sind Assistenzleistungen nur im unbedingt notwendigen Ausmaß und zeitlich limitiert durchzuführen. Der mit kurzen Unterbrechungen seit fast 35 Jahren andauernde Assistenzeinsatz zur Überwachung der Staatsgrenze wäre daher nach Möglichkeit alsbald zu beenden.
- Zur Frage der Dauer des Wehrdienstes und der Übungspflicht von Milizsoldaten ist eine Expertengruppe eingesetzt. Zielsetzung ist jedenfalls die rasche Sicherstellung der personellen Einsatzbereitschaft des mobilgemachten ÖBH. Dies gilt insbesondere auch für das Milizkaderpersonal.
- Dem Schutz des Luftraumes durch bodengebundene Luftverteidigung und Kampfflugzeuge kommt aufgrund des modernen Kriegsbildes eine besondere Bedeutung zu, um den Einsatz der Landstreitkräfte zu ermöglichen und den Schutz der Bevölkerung sowie kritischer Infrastruktur zu gewährleisten. Daher sind Maßnahmen in diesem Bereich mit hoher Priorität zu verfolgen.

- Die Domäne Weltraum muss in den Streitkräften weiter implementiert werden, um in hochkomplexen Einsatzszenarien bestehen zu können.
- Zur militärischen Landesverteidigung ist eine Infrastruktur in erforderlicher Quantität und Qualität eine Grundvoraussetzung. Dabei ist der fast 30jährige Investitionsrückstau abzubauen und es sind die infrastrukturellen Voraussetzungen zur Integration der neuen Rüstungsgüter und zum Aufbau von Resilienz zu schaffen.
- Mit dem aktuellen Mobilmachungsrahmen von 55.000 Soldatinnen und Soldaten ist ein Einsatz zur militärischen Landesverteidigung über einen längeren Zeitraum nicht durchhaltbar. Der Personalumfang des ÖBH ist in der Friedensorganisation und in der Mobilmachungsorganisation mittelfristig zu erhöhen.
- Zur Krisenbewältigung an den europäischen Außengrenzen und darüber hinaus strukturiert Österreich seine Streitkräfte in hochmobilen und interoperablen Einheiten, insbesondere als Beitrag zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Die Leistung eines militärischen Solidarbeitrages innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens ist zu gewährleisten. Es ist aber eine Herausforderung, die ausschließlich auf freiwilliger Basis einsetzbare Kräfte in der erforderlichen Quantität und Qualität für Auslandseinsätze bereitzustellen. Es bedarf hier einer vor allem besoldungsmäßigen Attraktivierung.
- **Der Aufbauplan ÖBH2032+ kann mit den in den Jahren 2025 und 2026 zur Verfügung gestellten Mitteln weiter umgesetzt werden.** ✘

Das ÖBH2032+ ist dazu befähigt, Österreich gegen jeden militärischen Angriff zu verteidigen und sein Volk zu schützen. Das Bundesheer ist verteidigungsfähig. Das ist die militärstrategische Zielsetzung.

Ein zentrales Thema dabei ist zudem die Zukunft der Eurofighter, deren technische Nutzungsdauer 2035 endet. Damit wird auch hier die Frage der Nachbeschaffung relevant. Neben diesen Großbeschaffungen ist es aber auch wichtig, die sicherheitspolitische Unabhängigkeit Europas zu stärken und die heimische Rüstungsindustrie zu fördern, um damit Abhängigkeiten zu reduzieren.

Eine wesentliche Komponente bei der Erlangung dieser Fähigkeit für die gesamte Einsatzorganisation des Österreichischen Bundesheeres ist die ausreichende Befüllung aller Verbände mit übungspflichtigen Soldaten, die intensiv ausgebildet werden bzw. regelmäßig üben.

Im Regierungsprogramm 2025–2029 „JETZT DAS RICHTIGE TUN. Für Österreich“ wird zwar auf die volle Einsatzbereitschaft des mobil gemachten Bundesheeres hingewiesen, bei den konkreten Maßnahmen bleibt das Regierungsprogramm aber sehr schwammig. Auf Seite 88 ist zu lesen: „Um die volle Einsatzbereitschaft des mobil gemachten Bundesheeres möglichst rasch wiederherzustellen, wird, insbesondere was die personelle Befüllung der Miliz betrifft, im Hinblick auf den unabdingbaren Fähigkeitsaufbau in der militärischen Landesverteidigung eine Gruppe aus Expertinnen und Experten zur Erarbeitung von Alternativmodellen eingesetzt. Ebenso wird die verstärkte Übungstätigkeit sichergestellt.“

Aufgrund der Aussetzung der Milizübungs-Verpflichtung aus dem Jahr

2005 und der Befreiungsraten üben derzeit bei BWÜ durchschnittlich nur 50 % der beordneten Milizsoldaten. Es ist daher dringender Bedarf gegenzusteuern und Entscheidungen zu treffen, um die volle Übungsfähigkeit wieder herzustellen. Eine Fußballmannschaft, bei der nur sechs Spieler regelmäßig ins Training kommen, wird nicht erfolgreich sein, weil sie nicht eingespielt ist und vor allem keine Mannschaftstaktik beherrscht.

Im Falle von Streitkräften ist dieser Zustand verantwortungslos. Sollte ein Einsatz höherer Intensität notwendig sein, werden junge Menschen ohne ausreichende Vorbereitung und Ausbildung für Aufgaben verwendet, denen sie nicht gewachsen sein können.

Das Milizsystem ist in unserer Verfassung verankert: Uns ist keine Milizarmee auf der Welt bekannt, die ohne Übungsverpflichtung auskommt.

Auch der Jahresbericht 2024 der Parlamentarischen Bundesheerkommission bezieht zur Personalsituation klar Stellung: „Der Personalbedarf der Miliz (Erstbefüllung plus Nähr- und Ersatzrate) ist derzeit die größte Herausforderung. Mit dem Fokus auf die militärische Landesverteidigung ist das Milizsystem ein zentraler Faktor. Der jährliche Gesamtbedarf an Offizieren und Unteroffizieren des Milizstandes in der Einsatzorganisation kann nur zu ca. 58 % bei den Offizieren und nur zu 37 % bei den Unteroffizieren abgedeckt werden.“

Alle Regierungen seit dem Jahr 2005 haben mit verschiedenen Maßnahmen und Anreizen versucht, diese personellen Lücken in den Griff zu bekommen. Nach fast 20 Jahren müssen wir uns aber jetzt eingestehen, dass alle diese Versuche und Maßnahmen, genügend Freiwillige für die Miliz zu finden, nicht zum notwendigen Erfolg geführt haben.

Aufgrund von Rückmeldungen der Milizsoldaten aus unseren Bataillonen wissen wir: Die zivilen Arbeitgeber akzeptieren grundsätzlich eine Verpflichtung. Im Falle der Freiwilligkeit werden Milizsoldaten aber meist schlechter gestellt als Arbeitnehmer, die sich nicht freiwillig zu Milizübungstagen melden. Die Miliztätigkeit ist mit einem großen persönlichen Einsatz verbunden, der zusätzlich zum Einsatz in Familie, Beruf und allfälliger ehrenamtlicher Tätigkeiten geleistet wird. Und diese Bereitschaft gehört angemessen belohnt und darf nicht zu Nachteilen führen, so wie das derzeit sehr oft der Fall ist. Die Verantwortung dabei darf nicht beim einzelnen Soldaten liegen, sondern die Politik muss die Verantwortung übernehmen und die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen. Bei verpflichtenden Milizübungen werden alle Milizsoldaten gleichbehandelt.

Und verpflichtende Milizübungstage sind bestimmt kein Nachteil für die österreichische Wirtschaft. Ganz im Gegenteil: Im Krisen- bzw. Bedrohungsfall sorgen die Einsatzorganisation des Bundesheeres und damit gut ausgebildete Milizsoldaten für die Aufrechterhaltung der Wirtschaftsgrundlage der österreichischen Unternehmen. Regelmäßige Miliz-Volltruppenübungen sind bereits in Friedenszeiten ein deutliches Signal der Abhaltewirkung einer wehrhaften Demokratie. Die verpflichtenden Milizübungen machen das Milizsystem und damit die Einsatzorganisation des Bundesheeres erst funktionsfähig und führen zu einem verteidigungs- und einsatzfähigen Bundesheer. Dessen Aufgabe es ist, in einem derzeit wahrscheinlicher werdenden Bedrohungsfall massive Schäden an der industriellen Infrastruktur in Österreich zu verhindern. Dadurch wird die Aufrechterhaltung der Wirtschaft erst gewährleistet. ▶

Auch das Argument, dass der österreichischen Wirtschaft Arbeitskräfte für die Zeit fehlen, wo Milizsoldaten zu Übungen eingezogen werden, kann leicht entkräftet werden: Österreichweit gibt es ca. 67 Millionen Krankenstandstage pro Jahr (ca. 4,5 Millionen erwerbstätige Personen, die 2022 durchschnittlich 14,9 Tage in Krankenstand waren). Selbst wenn jeder Milizsoldat durchschnittlich pro Jahr zehn WÜ-Tage übt, sind dies bei ca. 30.000 Milizsoldaten ca. 300.000 Tage, die die Wirtschaft im Vergleich zu den ca. 67.000.000 Krankenstandstage locker verkraften würde (das ergibt ein Verhältnis von nicht einmal 1:200).

/ Derzeit wird durch den Aufbauplan 2032+ neues, modernes Gerät und zeitgemäße Bewaffnung angeschafft. Die Anforderungen in allen Bereichen (Aufgaben, Bewaffnung, Technik, Kommunikation etc.) werden dadurch umfassender und komplexer. Wenn das

Bundesheer und damit auch die Miliz in den nächsten Jahren diese zeitgemäße Ausrüstung, zeitgemäßes Gerät und zeitgemäße Bewaffnung erhält, muss man die Milizsoldaten darauf gut und ausreichend aus- und fortbilden.

/ Man sieht es beim Konflikt in der Ukraine, dass militärischer Erfolg nur mit großen Truppenstärken herbeigeführt werden kann bzw. nur große Truppenstärken eine Abhaltewirkung erzielen können, sodass es erst gar nicht zum militärischen Konflikt kommt.

/ Die Zeit drängt! Sollten in der kommenden Legislaturperiode nicht entschlossene Maßnahmen getroffen und umgesetzt werden, die die Personalaufbringung sicherstellen, dann wird gerade die Miliz in den nächsten Jahren „ausbluten“, weil die notwendige Nähr- und Ersatzrate fehlt. Wir benötigen dringend die vollständige Befüllung der Einsatzorganisation mit Übungspflichtigen!

Wir Kommandanten der Milizbataillone sind daher überzeugt, dass noch heuer wirksame politische Entscheidungen getroffen und diese einer entschlossenen Umsetzung zugeführt werden müssen. Neben der Verlängerung des Grundwehrdienstes und der Erhöhung der durchschnittlichen Ausbildungsdauer pro Woche im Grundwehrdienst benötigen wir die Wiedereinführung verpflichtender Truppenübungen, aber auch eine angemessene Würdigung der Miliztätigkeit.

JETZT DAS RICHTIGE TUN.

Verlängerung des Grundwehrdienstes.

JETZT DAS RICHTIGE TUN.

Wiedereinführung verpflichtender Truppenübungen.

JETZT DAS RICHTIGE TUN.

Für unser Bundesheer. Für unsere Bevölkerung. Für ein selbstbestimmtes und souveränes Österreich. ✘

Wehrdienstkommission

Unter dem Vorsitz des Milizbeauftragten GenMjr Erwin Hameseder und dessen Stellvertreter Dr. Walter Feichtinger trat Anfang Juni erstmals die neu eingerichtete Wehrdienstkommission zusammen. Das Gremium setzt sich aus 23 Expertinnen und Experten aus verschiedenen Bereichen zusammen und berät Verteidigungsministerin Klaudia Tanner sowie in weiterer Folge die Bundesregierung zu Fragen der Weiterentwicklung von Wehr- und Zivildienst sowie zur Stärkung der Miliz.

/ Zentrales Ziel der Kommission ist es, praxistaugliche Modelle zu erarbeiten, um einerseits die künftige Ausgestaltung der allgemeinen Wehrpflicht

sowie des Zivildienstes zu modernisieren und andererseits die professionelle und nachhaltige personelle Befüllung der Miliz sicherzustellen. Damit soll die volle Einsatzbereitschaft des Bundesheeres für sämtliche Aufgaben – inklusive verstärkter Übungstätigkeit – wiederhergestellt und langfristig gewährleistet werden.

/ Die Kommission gliedert sich in stimmberechtigte Mitglieder aus ressortübergreifenden Institutionen – darunter BMLV, BKA, BMF, BMEIA sowie die Zivildienstserviceagentur – und beratende Mitglieder aus relevanten gesellschaftlichen Bereichen, wie etwa Jugendvertretungen, Sozialpartner, Milizverband, Wirtschaft und

NGOs. Alle Mitglieder engagieren sich ehrenamtlich.

/ Bis spätestens Ende 2025 soll ein Abschlussbericht mit drei konkreten Vorschlägen vorgelegt werden. Dieser Bericht soll der Verteidigungsministerin zur weiteren politischen Bearbeitung übermittelt werden.

/ Die Kommissionsarbeit steht damit im Zeichen eines zukunftsorientierten Sicherheitsverständnisses und soll zur nachhaltigen Sicherung der personellen Einsatzfähigkeit des Bundesheeres sowie zur gesellschaftlichen Akzeptanz des Wehr- und Zivildienstes beitragen – Themen, für welche die ÖOG seit Jahren unermüdlich kämpft. ✘

Wehrpflicht auch für Frauen – oder gleich Gemeinschaftsdienst für alle?

von Obst Bernhard Schulyok, MA

Die handstreichartige Inbesitznahme der Krim durch Russland im Jahr 2014 sowie der umfassende Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 und der weiterhin andauernde Krieg haben dazu geführt, die Wehrhaftigkeit insbesondere europäischer Streitkräfte kritisch zu hinterfragen. Kleineren, wenn auch schlagkräftigen Berufsarmeen mangelt es zumeist an ausreichenden Reserven, um langanhaltende Konflikte durchzuhalten. Nationen mit Wehrpflicht für Staatsbürger haben da den Vorteil, dass nach Ableistung einer Grundausbildung Potential für den Aufwuchs im Anlassfall verfügbar ist. Gibt es darüber hinaus verpflichtende Übungen zum Fähigkeitserhalt, kann die unmittelbare Einsatzvorbereitung kürzer gehalten werden. Dennoch führt der durch die Friedensdividende und äußere Einflussfaktoren geschwächte Wehrwille, gemeinsam mit demografischen Entwicklungen und steigenden Untauglichkeitszahlen, zu einer Ausdünnung der vorwiegend männlichen Soldatenreihen. Die entscheidende Frage ist daher: Wie sichern wir unsere Wertegesellschaft, unseren Wohlstand, unsere Demokratie langfristig ab? Angesichts sinkender Zahlen wehrfähiger, insbesondere aber wehrwilliger Männer wird die Forderung lauter, auch Frauen stärker in die Bewältigung gesamtstaatlicher Herausforderungen einzubeziehen.

Frauen im Militär – freiwillig und verpflichtend

Das Militär ist längst keine reine Männerdomäne mehr. In vielen Staaten wurde Frauen über freiwillige Modelle der Zugang eröffnet – oftmals auf Druck von Frauen selbst und von Befürwortern des Gleichheitsgrundsatzes. Die Erfolge sind unterschiedlich: In

Frankreich liegt der Frauenanteil in den Streitkräften bei 15,5 %, in Deutschland bei 13,6 %, in den polnischen Territorialverteidigungskräften bei etwa 16 %.

/ Der in Österreich oft genannte Frauenanteil von 6 % (ohne Berücksichtigung von Zivilbediensteten) wird durch Zurechnung aller Soldatinnen – egal ob Berufssoldatin, Grundwehrdienstleistende (Ausbildungsdienst in Mannschaftsfunktion) oder Frau in Miliztätigkeit – zu den Berufssoldaten verfälscht. Berücksichtigt man nämlich auch Grundwehrdiener und Milizangehörige, liegt der tatsächliche Anteil bei 1 % – trotz einer erfreulicherweise insgesamt steigenden Tendenz.

/ Weltweit haben nur rund 20 Länder eine gesetzliche Wehrpflicht für Frauen. Israel – bereits seit 1948 – verzeichnet mit über 33 % den höchsten Frauenanteil. In Europa gilt die Wehrpflicht für Frauen aktuell in Norwegen (seit 2015), Schweden (seit 2017) und ab 2026 auch in Dänemark. Den skandinavischen Ländern wird überhaupt ein ausgeprägtes Demokratieverständnis und ein starkes kollektives Sicherheitsdenken zugeschrieben – Kritik an Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist dort selten.

/ In Dänemark wurde die Einführung der Wehrpflicht für Frauen im März 2024 beschlossen. Ab Jänner 2026 wird der bisher freiwillige Wehrdienst von vier Monaten durch einen verpflichtenden, elfmonatigen Dienst für Männer und Frauen ersetzt. Der politische und gesellschaftliche Rückhalt für diese Maßnahme ist breit.

Und Österreich?

Die Wehrpflicht für männliche Staatsbürger ist in der Bundesverfassung verankert. Frauen können sich seit 1998 freiwillig zum Wehrdienst melden,



In Dänemark wird nach Norwegen und Schweden als drittes Land in Europa mit breitem Konsens die Wehrpflicht für Männer und Frauen ab Jänner 2026 mit einer Wehrdienstdauer von elf Monaten beschlossen

unterliegen jedoch weiterhin keiner Wehrpflicht.

/ Bereits 2010 sprach der damalige Bundespräsident Dr. Heinz Fischer die Möglichkeit einer Wehrpflicht für Frauen an. Er bezeichnete sie als langfristiges Thema, das häufig im Zusammenhang mit anderen Fragen der Gleichstellung – etwa beim Pensionsantrittsalter, der Kinderbetreuung oder der Einkommensgerechtigkeit – diskutiert werde.

Unterschiede Mann-Frau

Anatomische Unterschiede zwischen Männern und Frauen sollten nicht als alleinige Kriterien für die Tauglichkeit in sicherheitsrelevanten Bereichen herangezogen werden. Frauen können in Bereichen wie Kraft oder Ausdauer durchaus leistungsstärker als Männer sein. Tauglichkeitskriterien sollten geschlechtsunabhängig auf die jeweilige Funktion angewendet werden.

/ Frauen und Männer haben unterschiedliche Fähigkeiten, die sich ergänzen können – zum Beispiel haben Frauen ein größeres Gesichtsfeld, was bei Überwachungsaufgaben von Vorteil ist, während Männer besser auf größere Entfernungen fokussieren können. Diese komplementären Fähigkeiten sollten genutzt werden. ▶

Frauen und ihre soziale Stellung in der Gesellschaft

Ein häufiges Argument gegen die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Wehrpflicht ist, dass Frauen primär für die Kinderbetreuung verantwortlich sind und durch eine zusätzliche Wehrpflicht benachteiligt wären. Dies könnte durch entsprechende Anrechnungen, Vergünstigungen und Unterstützungsangebote für Frauen harmonisiert werden. Ein sozialer Ausgleich zwischen den Geschlechtern sollte generell innerhalb der Gesellschaft angestrebt werden. Ein Modell wie das in Israel, bei dem Frauen eine verkürzte Wehrdienstzeit absolvieren (zwei Jahre statt drei Jahre wie bei Männern), könnte als eine faire Lösung angesehen werden, die zugleich die sozialen Gegebenheiten berücksichtigt.

Wehrdienst und Ersatzmöglichkeiten

Gleichstellung bedeutet auch, die gleichen Wahlmöglichkeiten zu haben. Die Wehrpflicht umfasst nicht nur die Pflicht zur Stellung, sondern sollte zukünftig auch einen umfassenden Fähigkeitencheck beinhalten, der den Dienstpflichtigen in ihrer beruflichen Entwicklung unterstützt. Für taugliche Personen sollte die Wahl zwischen Militärdienst und alternativen Zivildiensten offenstehen. Der Staat sollte jedoch weiterhin die Möglichkeit haben, den Bedarf an Personal zu steuern und entsprechende Förderrichtlinien zu setzen.

/ Zusätzlich könnten Konzepte wie der Zivilschutz, wie sie in der Schweiz existieren, weiterentwickelt werden, um auch jenen Personen eine sinn-

volle Tätigkeit zu ermöglichen, die für den Militärdienst nicht tauglich sind. Eine Wehrpflichtersatzabgabe, die im schweizerischen Modell praktiziert wird, könnte ebenfalls eingeführt werden, um die Bonität von Wehrdienstleistenden zu verbessern.

Verteidigung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – der Gemeinschaftsdienst

Die sicherheitspolitische Lage in Europa erfordert eine gesamtgesellschaftliche Antwort auf die Herausforderungen von Desinformation, Cyberangriffen und Wahlbeeinflussung. Sicherheit betrifft alle, jedoch nicht in Form von Gleichmacherei. Gleichstellung bedeutet, dass jeder nach seinen Fähigkeiten einen Beitrag leistet, nicht, dass alle das Gleiche tun.

/ Ein neu konzipiertes Pflichtsystem – der Gemeinschaftsdienst – sollte die individuellen Fähigkeiten und Interessen der Jugendlichen berücksichtigen. Es wäre geschlechtsunabhängig und würde Bereiche wie Militär-, Zivil- oder Zivilschutzdienst umfassen. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass Gemeinschaftsdienst generell, aber auch Wehrdienst, keine Almosen, sondern zumindest eine finanzielle Abgeltung erhalten sollten, die den Namen verdient. Zum Vergleich: In der Schweiz verdienen Rekruten, die ja der Wehrpflicht unterliegen, 2.070 Franken/Monat.

/ Die Diskussion um eine mögliche Wehrpflicht auch für Frauen ist vorrangig zu nützen, um die Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft zu

verwirklichen. Nur durch eine wahre Gleichstellung, die die Fähigkeiten und Potenziale jedes Individuums anerkennt und nutzt, kann eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Herausforderungen der Zukunft übernommen werden. Ein solches Modell würde nicht nur der militärischen Sicherheit dienen, sondern auch der sozialen und wirtschaftlichen Stabilität einer modernen Gesellschaft. Es ist höchste Zeit für Veränderung. ✕



ZUM AUTOR

Obst Bernhard Schulyok, MA

- Geboren 1967 in Wien, verheiratet, 2 Kinder
- Einrückungstermin Jänner 1986, Grundwehrdienst und Zeitsoldat
- Theresianische Militärakademie Jahrgang Novara, Ausmusterung 1992, Waffengattung Jäger
- 5 Jahre Kompaniekommandant, 12 Jahre Kommandant Lehrstab/ Institut 2, Heeresunteroffiziersakademie
- Auslandseinsatz 2004–2005 als S2 TF Dulje Kosovo
- Absolvent 3. Masterstudienlehrgang Militärische Führung 2012–2014
- Verwendungen in der Abteilung Vorschriften und Terminologie sowie seit 2017 in der Abteilung Militärstrategie

Leserbrief: Halbe-halbe: Wehrpflicht für alle?

Die Diskussion über die Wehrpflicht für Frauen ist durch die Entscheidung Dänemarks, künftig auch Frauen einzuberufen, auch in Österreich erneut entflammt. Derzeit gilt die Wehrpflicht hierzulande ausschließlich für Männer. Doch was spricht dagegen, wenn alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger für ein Jahr einen Dienst für ihre Heimat leisten? Der Bedarf ist groß: beim Bundesheer, in Rettungsdiensten, in der Pfler-

ge, bei Blaulichtorganisationen oder in Gemeinden und Städten.

/ Aus Sicht der Gleichberechtigung wäre das ein konsequenter Schritt. Gleichzeitig muss jedoch auch anerkannt werden, dass Frauen, die Kinder zur Welt bringen, ebenso eine essenzielle Leistung für unsere Gesellschaft erbringen. Jene Frauen und Männer, die sich aktiv in der Kinderbetreuung engagieren, sollten ebenfalls entsprechende Anerkennung erfahren.

/ Ein solches Modell könnte der wachsenden „All-inclusive-Mentalität“ entgegenwirken, die manche nur auf Karriere und persönliche Vorteile fokussiert, ohne gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Daher sollte das Thema Wehrpflicht für alle offen und umfassend diskutiert werden.

Danke an Mag. (FH) Christian Deutinger für seinen Beitrag zum Thema Wehrpflicht für Frauen. ✕

Die letzten Freiwilligen sind in ...

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Freiwilligkeit bei der Ableistung von Truppenübungen

von Hon. Univ. Prof. Dr. mult. Harald Pöcher

In Vergessenheit geraten ist ein Spruch, den ich noch im Gymnasium in den 1970er-Jahren durch meinen Geschichtesprofessor vermittelt bekam: „Die letzten Freiwilligen sind in Stalingrad gefallen!“ Er ergänzte allerdings, dass der Sinn des Satzes nicht stimmte, da in Stalingrad bei der Wehrmacht nur ein verschwindend geringer Teil der Soldaten freiwillig in den Krieg gezogen sei und spätestens nach den ersten Niederlagen und der Bombardierung des Heimatlandes kaum jemand freiwillig in den Krieg gezogen wäre, schon gar nicht dann, wenn es in der Familie Kriegstote gegeben hatte. Im Lichte der tragischen Ereignisse in Stalingrad 1943 während des Angriffskrieges der Wehrmacht auf die Sowjetunion ist der Spruch nicht nur falsch, sondern auch ziemlich pietätlos gegenüber den vielen Toten der Wehrmacht in und um Stalingrad und später in der Kriegsgefangenschaft. In der Folge möchte ich auf die Ursachen eingehen, warum gerade bei Truppenübungen die Freiwilligkeit nicht funktionieren kann.

/ Freiwilligkeit ist ein komplexes, facettenreiches Gefüge, das sowohl in Demokratien als auch in Diktaturen in der Gesellschaft fix verankert ist. Die Vielfalt der freiwillig engagierten Menschen spiegelt die Vielfalt der Gesellschaft in Österreich wider. Freiwillig Engagierte trainieren Kinder und Jugendliche in Sportclubs, sie organisieren Veranstaltungen in der Gemeinde, sie leisten Nachbarschaftshilfe für ältere Menschen, sie übernehmen ehrenamtliche Unterstützung in Krankenhäusern, sie sind in Schülervertretungen engagiert oder sie setzen sich in Bürgerinitiativen für ihre Kommune ein, und nicht zu vergessen sind die Dienste der

freiwilligen Feuerwehren und die vielen freiwilligen Helfer bei den Blaulichtorganisationen. Viele Menschen erbringen freiwillige Leistung für die Gesellschaft, weil ihnen die Tätigkeit schlichtweg nicht nur Spaß macht, sondern sie auch die freiwillige Tätigkeit im Bewusstsein erbringen, dass sie froh sind, wenn ihnen beispielsweise durch eine freiwillige Feuerwehr im Anlassfall geholfen wird. Freiwilligkeit erscheint in der Gesellschaft als Gegenteil von Zwang und Zwang als Handlungsmaxime einer diktatorischen Gesellschaft, die die Menschen unterjocht. Diese Zuspitzung auf Freiwilligkeit vs. Zwang, Demokratie vs. Diktatur begegnet uns auch immer wieder in der gegenwärtigen Auseinandersetzung über die verpflichtenden Truppenübungen von Milizsoldaten in Österreich.

/ Der damaligen Bundesminister für Landesverteidigung (2003–2007) und nachmalige Landeshauptmann von Tirol (2008–2022), Günther Platter verkürzte im Zuge der umfassenden Heeresreform 2004 den Präsenzdienst von acht auf sechs Monate, was bedeutete, dass auch die verpflichtenden Truppenübungen ausgesetzt wurden. In der Presse wurden damals immer wieder Vermutungen angestellt, dass diese Reduktion als Wahlkampfsüßholz erhalten sollte, damit die ÖVP in der Nationalratswahl als Erste durchs Ziel geht. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht, denn die SPÖ gewann die Wahl, wenn auch nur sehr knapp. Der Miliz aber fehlte durch einen Federstrich eines Ministers plötzlich der Aufwuchs. An eine Wiedereinführung dachte bislang kein Minister oder eine Ministerin nach Günther Platter; möglicherweise auch aus politischem Kalkül, denn eine Wie-

dereinführung von Zwangsmaßnahmen würde erfahrungsgemäß in Österreich zu Stimmenverlusten bei Wahlen führen.

/ Angesichts des Ukrainekrieges wurde über die Wiederaufnahme verpflichtender Milizübungen diskutiert, der damalige Generalstabschef General Brieger und andere Experten plädierten dafür. Politiker aller Couleurs, ausgenommen jene von der FPÖ, sprachen sich gegen verpflichtende Milizübungen aus und sie befürworteten jede Art von Anreizsystemen, um mehr freiwillige Wehrdiener dafür zu gewinnen, Truppenübungen abzuleisten. Unter Tanner wurde die Möglichkeit von drei freiwilligen Milizmonaten, also das 6+3-System, etabliert. Seitens der Grünen hat der Wehrsprecher David Stögmüller wissen lassen, dass man zwar für die Wiederbelebung des Milizsystems sei, aber gegen eine Verpflichtung und somit einen längeren Wehrdienst – zumal damit auch der Zivildienst verlängert werden müsste.

/ Wie ich bereits herausgearbeitet habe, funktioniert Freiwilligkeit nach dem Prinzip, dass die freiwillige Tätigkeit Spaß machen und dass man einen tieferen Sinn in der freiwilligen Tätigkeit sehen muss. Beides trifft auf die Truppenübungen nicht zu. Einerseits ist der Soldatenberuf in den untersten Rängen eintönig, gefährlich und schmutzig und andererseits gibt es in Österreich keine gelebte geistige Landesverteidigung, welche den Sinn und Zweck der Truppenübungen derart erklären kann, dass Milizsoldaten gerne freiwillig zu Truppenübungen eilen. Nachdem den Milizverbänden viele Milizsoldaten unterer Ränge fehlen, sehen auch Unteroffiziere und Offiziere keinen Sinn in den Truppenübungen, da sie keine Truppe zum Über verfügen haben. Es mag hier durchaus die eine oder andere Truppe geben, welche hier eine rühmliche Ausnahme ist, aber diese Verbände kann bereits man mit zwei Händen abzählen.

/ Die aktuell verantwortlichen Planer im Bundesministerium für Landesverteidigung heben immer wieder die Wichtigkeit des Personals für den Aufbauplan 2032+ hervor. Konkrete Zahlen über den Zustand der Miliz liegen mir nicht vor, doch würde es mich wundern, wenn sich seit dem Aufsatz „Wer würde schießen“, veröffent-

licht im Offizier 2/2022, die Personalsituation der Miliz eklatant verbessert hat. Es ist zu befürchten, dass sich seit 2022 durch die Freiwilligkeit bei Truppenübungen das System noch mehr ausgedünnt hat. Aber dies scheint den politischen Verantwortlichen nicht so wichtig, da nach ihrer Ansicht offensichtlich Österreich sicher vor konventionellen Angriffen ist, weil man ja neutral ist und obendrein im Norden, Osten und Süden von NATO-Mitgliedsstaaten bestens geschützt wird. So wird eben weitergewurstelt und das Thema der Verpflichtung von Truppenübung erst dann ein echtes Thema werden, wenn man ein voll einsatzbereites Bundesheer für Einsätze gemäß Wehrgesetz § 2 Abs. 1 lit. a (die militärische Landesverteidigung) und b (auch über den Bereich der militärischen Landesverteidigung hinaus der Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit und der demokratischen Freiheiten der Einwohner sowie die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt) dringend benötigt. Dann ist es aber zu spät ... ❌



© PRIVAT

ZUM AUTOR

Hon. Univ. Prof. Dr. mult. Harald Pöcher
Generalmajor i.R.

- Absolvent der Theresianischen Militärakademie
- 2003 Promotion an der Uni Wien (Sozial- und Wirtschaftswissenschaften/Volkswirtschaft)
- 2008 Habilitation aus Militärwissenschaft an der Militäruniversität in Budapest
- Hon. Universitätsprofessor der Universität für Öffentliche Dienste in Budapest
- 2020–2025 Chefredakteur der Zeitschrift „Der Offizier“



Parlament
Österreich

Parlamentarische
Bundesheerkommission

Herrn
Bgdr Mag. Erich Cibulka
Präsident der Österreichischen Offiziersgesellschaft
Schwarzenbergplatz 1
1010 Wien

Sehr geehrter Herr Präsident!

Unter Bezugnahme auf den „Leserbrief zum Nachdenken“ in der Zeitschrift „Der Offizier“, Ausgabe 1/2025 betreffend Uniformtrageerlaubnis nach Erlöschen der Wehrpflicht, hat die Parlamentarische Bundesheerkommission in der **585. Sitzung am 23. April 2025** – auf Basis der gem. § 4 Abs. 4 Wehrgesetz 2001 im Gegenstand durchgeführten amtswegigen Prüfung – folgende **Allgemeine Empfehlung** beschlossen:

„Im Zuge der Erhebung wurde festgestellt:

Unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des Erlasses/BMLV vom 5. September 2019 (VBl I 119/2019, Uniformtragebestimmungen u. a. für Personen, die Wehrdienst geleistet haben) und auf die diesbezügliche Stellungnahme BMLV vom 24. Jänner 2025 betreffend der im Gegenstand angekündigten Neubeurteilung dieser Erlasslage BMLV unter Einbeziehung einer Verwaltungsvereinfachung regt die Parlamentarische Bundesheerkommission die Adaptierung des vorgenannten Erlasses/BMLV zum Punkt ‚B. Personen die Wehrdienst geleistet haben‘ an:

Gemäß § 35 Abs. 2 Wehrgesetz 2001 und § 39 Abs. 3 Z 2 Wehrgesetz 2001 dürfen **Personen, die Wehrdienst geleistet haben und einen Dienstgrad nach § 6 Wehrgesetz 2001 führen, die Uniform mit Zustimmung des Militärkommandos, außer im Falle des Widerrufs, in allen Fällen tragen, in denen dies im militärischen Interesse gelegen ist.**

Die Feststellung des militärischen Interesses obliegt grundsätzlich dem Militärkommando. Ein militärisches Interesse liegt insbesondere dann vor, wenn es sich um Veranstaltungen von Gebietskörperschaften (Bund, Land, Gemeinde) oder bei Teilnahme von Abordnungen des Bundesheeres an Veranstaltungen, militärische Feiern und Veranstaltungen des Bundesheeres oder um besondere familiäre Feierlichkeiten handelt.“

Mit freundlichen Grüßen,

Wien, am 25. April 2025
Der amtsführende Vorsitzende:
Abg. z. NR a.D. Bgdr Dr. Reinhard Bösch, e.h.

Militärkommando Kärnten

von Brigadier Mag. Philipp Eder

„Dort, wo Tirol an Salzburg grenzt, des Glockners Eisgefilde glänzt, wo aus dem Kranz, der es umschließt, der Leiter reine Quelle fließt, laut tosend, längs der Berge Rand, beginnt mein teures Heimatland.“

1. Strophe Kärntner Heimatlied (Landeshymne von Johann Taurer von Gallenstein, 1822)

Kärnten grenzt im Westen an Osttirol, im Nordwesten an Salzburg, im Nordosten an die Steiermark und im Süden an Slowenien sowie die italienischen Regionen Friaul und Venetien. Die Gesamtlänge der Grenzen zu den Nachbarstaaten beträgt 280 km. Die Lage am Schnittpunkt dreier Kulturkreise war in der Vergangenheit sehr oft Ursache militärischer Auseinandersetzungen, die jedoch ab den 1990er-Jahren durch eine enge freundschaftliche Kooperation der drei EU-Mitgliedstaaten, zuletzt trat 2004 Slowenien bei, abgelöst wurde.

/ Die Lage südlich des Alpenhauptkammes mit beeindruckenden Bergen bzw. ihren Pässen, mit bedeutenden Flüssen und ihren Tälern sowie mit großen Seen prägen die Geografie Kärntens und damit auch die Verkehrswege von Italien und Slowenien Richtung Norden bzw. Deutschland und Ost- bzw. Zentraleuropa Richtung Süden. Räume wie Klagenfurt, Villach oder Spittal an der Drau stellen hochrangige Verkehrsknotenpunkte für Straße und Schiene dar. Die Koralmbahn, deren Fertigstellung in Kürze erfolgreich wird, verbindet Kärnten in neuer Qualität und Geschwindigkeit mit dem Großraum Graz.

/ Die Mehrheit der Bevölkerung Kärntens (ca. 570.000 Einwohner) ist deutschsprachig. Im Süden des Bundeslandes (vor allem in den Bezirken Villach-Land, Klagenfurt-Land und Völkermarkt) leben Kärntner Slowenen als anerkannte Minderheit. Die Diskussion über die im Staatsvertrag 1955 verankerten Volksgruppenrechte (z. B. zweisprachige Ortsschilder) wurde in der Vergangenheit sehr emotional geführt, gilt aber heute als überwunden.

Sicherheitspolitisch relevant ist der Umstand, dass in Kärnten die Wasserkraft besonders intensiv genutzt wird. 540 Kärntner Wasserkraftwerke decken 90 % des Kärntner Strombedarfs, wobei die Hälfte der Produktion auf zehn Kraftwerke an der Drau entfällt. Größte Speicherkraftwerke sind das Maltakraftwerk, das Kraftwerk Reißbeck und die besonders komplexe Kraftwerksgruppe Fragant. Durch Kärnten verläuft die Adria-Wien-Pipeline, die Transalpine Ölleitung und die Trans-Austria-Gasleitung. Die Industrie ist Kärntens wichtigster Wirtschaftszweig, in der Herstellung von Waren sind ca. 35.000 Einwohner beschäftigt, im Tourismus sind es mit ca. 15.000 deutlich weniger. Die stärksten Branchen der Industrie sind Elektronik, Maschinen/Metall, Holz und Chemie.

Geschichtlicher Hintergrund

„Wo Mannesmut und Frauentreu die Heimat sich erstritt aufs neu, wo man mit Blut die Grenze schrieb und frei in Not und Tod verblieb, hell jubelnd kling't's zur Bergeswand: das ist mein herrlich Heimatland!“ (4. Strophe Kärntner Heimatlied (von Agnes Maria Millonig, 1928 mit Bezug zum Abwehrkampf. Aktuell werden bei Veranstaltungen meistens die 1. und die 4. Strophe gesungen)

/ Bis heute spielt der Kärntner Abwehrkampf unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs im kollektiven Gedächtnis der Bürgerinnen und Bürger eine Rolle. Die bewaffnete Auseinandersetzung von Verbänden der provisorischen Kärntner Landesregierung gegen Truppen des Königreichs Jugoslawien („SHS-Staat“) um

die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete im Südosten Kärntens, deren Bevölkerung zum großen Teil slowenisch sprach, konnte nach internationaler Vermittlung durch die Kärntner Volkabstimmung am 10. Oktober 1920 beendet werden. Die Volksabstimmung in der südlichen „Zone A“, mit rund 70 % slowenischem Bevölkerungsanteil und von Truppen des SHS-Staates besetzt, ergab 59 % für den Verbleib bei Österreich. Hätte sich die „Zone A“ für einen Anschluss an das Königreich SHS entschieden, hätte ebenfalls in der kleineren nördlichen, von österreichischen Truppen besetzten „Zone B“, die auch Klagenfurt beinhaltete, abgestimmt werden müssen. Dies war nicht mehr erforderlich.



Feier des Landes Kärnten am 10. Oktober 2024 im Landhaushof Klagenfurt

Der 10. Oktober 1920 ist der Traditionstag des Militärkommandos Kärnten, das Gedenken an den Abwehrkampf ist auch am Truppenkörperabzeichen verewigt.

/ Auch der Einsatz des Österreichischen Bundesheeres 1991 an der Grenze zu Jugoslawien ist den Kärntnerinnen und Kärntnern in Erinnerung geblieben.

Der dargestellte geschichtliche Hintergrund, die geographische Lage als Grenzregion und sowie die vielen Einsätze zur Katastrophenhilfe prägen auch heute den weitgehend sehr positiven Zugang der Kärntner Bevölkerung zum Bundesheer.



Truppenkörperabzeichen des Militärkommandos Kärnten

Das Militärkommando Kärnten aktuell

Das Schwergewicht des Militärkommandos Kärnten liegt in der Vorbereitung, Planung und Führung von Einsätzen gemäß § 2 Abs. 1 lit. a bis c WG 2001.

/ Das Militärkommando Kärnten ist das ständige Bindeglied des Bundesheeres zur Bevölkerung, zu den zivilen Behörden und zu den anderen Einsatzorganisationen im Bundesland. Dem Militärkommando Kärnten obliegt daher im Befehlsbereich 7 (= Kärnten) die Wahrnehmung der zivil-militärischen Zusammenarbeit. In allen Belangen des staatlichen Krisen- und Katastrophenschutz-Managements bzw. von sicherheitspolitischen Fragen kooperiert das Militärkommando eng mit dem Landeshauptmann sowie dem Amt der Kärntner Landesregierung, mit allen Bundes-, Landes- und Gemeindebehörden und ihren Organen sowie allen Einsatz-, Blaulicht- und Partnerorganisationen.

/ Beim seit 2015 erneut laufenden sicherheitspolizeilichen Assistenzeneinsatz gemäß § 2 Abs. 1 lit. b WG 2001 zur Bekämpfung illegaler Migration und des

Schlepperwesens, unterstützt das Militärkommando Kärnten mit seinen dafür unterstellten Kräften rund um die Uhr die Landespolizeidirektion Kärnten an diversen Grenzübergängen, im Zwischengelände und im Hinterland.

/ Permanent hält sich das Militärkommando Kärnten rasch verfügbar für die Führung von Einsätzen zur militärischen Landesverteidigung gem. § 2 Abs. 1 lit. a WG 2001, zusätzliche sicherheitspolizeiliche Assistenzeneinsätze oder Katastrophenassistenzeinsätze gem. § 2 Abs. 1 lit. c WG 2001 im Bundesland Kärnten bereit. Bei Letzteren standen in der unmittelbaren Vergangenheit die Unterstützung der Behörden im Zuge der Covid-19-Pandemie, Hochwasser- und Windbrucheinsätze sowie die Sicherstellung von sauberem Trinkwasser für die Bevölkerung der Stadt Klagenfurt im Mittelpunkt.



Die westlichste militärische Liegenschaft in Kärnten ist das SemZ Iselsberg

Zusätzlich ist Kernaufgabe des Militärkommandos Kärnten das Führen aller unterstellten Organisationseinheiten und Dienststellen im Befehlsbereich 7. Durch das Militärkommando Kärnten werden die im Befehlsbereich (und teilweise auch in Osttirol) dislozierten und vorübergehend eingesetzten Kommanden, Truppen und Dienststellen sowie berechnete fremde Streitkräfte (im Rahmen des „Host Nation Support“) in verschiedenster Art und Weise versorgt unterstützt. Dies betrifft vor allem Verpflegung, Bekleidung, Treibstoffversorgung, Transportleistungen, Bewachung sowie militärische Sicherheit, Öffentlichkeitsarbeit & Information, Seelsorge, Militärmusik, Infrastrukturprojekte oder auch Sportwettkämpfe und vieles mehr.

/ Das Militärkommando Kärnten ist u. a. in folgenden Belangen Militärbehörde:

- Durchführung aller Verwaltungsverfahren im Zusammenhang mit dem Ergänzungswesen
- Feststellung der körperlichen und geistigen Eignung der Wehrpflichtigen für den Wehrdienst (Stellung)
- Erlassung von Bescheiden zur Vollziehung des Militärberufsförderungsgesetzes, des Sperrgebietsgesetzes sowie des Munitionslagergesetzes
- Die Anforderung von Leistungen gem. Militärbefugnisgesetz

Aktuelle Gliederung und Dislozierung

Im Normdienst besteht das Militärkommando Kärnten aus ca. 600 Offizieren, Unteroffizieren, Zivilbediensteten und Grundwehrdienstleistenden.

/ Insgesamt sind nach Mobilmachung ca. 3.000 Soldaten und Zivilbedienstete des Präsenzstandes sowie Soldaten des Milizstandes Angehörige des Militärkommando Kärnten.

/ Unser Kommando ist mit dem Militärkommandanten, dem Leiter der Stabsarbeit & stellvertretenden Militärkommandanten, zwei Rechtsberatern, der Sicherheitsfachkraft, den Stabsabteilungen 1 bis 6 & 8, der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit & Kommunikation sowie deren Mitarbeitenden im Kommandogebäude Feldmarschallleutnant Hülgerth in Klagenfurt am Wörthersee untergebracht.

/ Die Ergänzungsabteilung inkl. Referat Stellung ist in der Georg Goess-Kaserne, die katholische und evangelische Militärseelsorge in der Khevenhüller-Kaserne in Klagenfurt am Wörthersee disloziert.



Die Militärmusik Kärnten 2024 bei einer Angelobung vor der Burg Hochosterwitz

Direkt unterstellt sind dem Militärkommando Kärnten:

- 1. Jägerkompanie/Jägerbataillon 7 in der Khevenhüller-Kaserne

- Stabskompanie (inkl. Militärmusik und Baupionierzug) & Dienstbetrieb in der Khevenhüller-Kaserne mit:
 - den Betriebsstaffeln Kommando-gebäude Feldmarschallleutnant Hülgerth, Georg Goess-Kaserne, Goiginger-Kaserne in Bleiburg, Khevenhüller-Kaserne sowie Laudon-Kaserne in Klagenfurt am Wörthersee
 - dem Garnisonsübungsplatz Atschalass in Klagenfurt am Wörthersee und dem Kommando Truppenübungsplatz Glainach
- Kdo Dienstbetrieb in der Hensel-Kaserne (derzeit im Bau) in Villach zuständig für:
 - die Betriebsstaffeln Hensel-Kaserne, Lutschounig-Kaserne, Rohr-Kaserne alle in Villach, Türk-Kaserne in Spittal an der Drau und
 - dem Kommando Schießplatz Marwiesen
- Miliz:
 - Milizanteil des Militärkommandos Kärnten
 - Jägerbataillon Kärnten
 - Pionierkompanie Kärnten
 - Jägerkompanien Villach und Wolfsberg
 - Territoriale Wachorganisation mit 9 Zügen (1 je Kaserne) und
 - 3 Force Provider Züge (IKT-Zug, Versorgungszug, Sanitätszug)

Die Soldatinnen und Soldaten des Milizstandes sind ein wesentlicher Bestandteil des Militärkommandos Kärnten. Ohne sie ist eine umfassende, durchhaltbare Auftragsbefüllung im Einsatz nicht denkbar.

/ Die Einsatzvorbereitung der Miliz wird für das Militärkommando Kärnten erheblich durch kleine Verbände Kärntens getragen. Zu nennen sind dabei besonders das Jägerbataillon 26 in Spittal a. d. Drau, das Pionierbataillon 1 in Villach und das Stabsbataillon 7 in Klagenfurt und Bleiburg.



Der Befehlsbereich 7

Das Bundesheer im Befehlsbereich 7

Von den in Kärnten gemusterten jungen Österreichern sind knapp unter 20 % für den Dienst im Österreichischen Bundesheeruntauglich. Von den Tauglichen wählen ca. 70 % den Wehrdienst, dies liegt deutlich über dem Schnitt des gesamten Bundesgebietes. Aufgrund der vergleichsweise hohen Anzahl an Verbänden, Dienststellen und Kasernen können alle Wehrpflichtigen ihren Grundwehrdienst in Kärnten absolvieren.

/ Im Militärkommando Kärnten sind ca. 640 Personen, davon 220 Grundwehrdienstleistende, tätig. Nach Mobilmachung wächst die Zahl auf ca. 3.000 Personen. Alle Verbände Kärntens umfassen im Normdienst insgesamt ca. 3.200 Personen, davon sind ca. 1.150 Grundwehrdienstleistende. Im Falle einer Mobilmachung stehen ca. 7.400 Personen der Kärntner Verbände zur Verfügung.

/ Insgesamt sind 9 Kasernen in Kärnten disloziert, wobei die Hensel-Kaserne in Villach derzeit neu gebaut wird (siehe weiter unten). 10 Ausbildungs- bzw. Übungsplätze und 8 sonstige militärische Einrichtungen stehen im Bundesland zur Verfügung. Der Betrieb der gesamten militärischen Infrastruktur obliegt dem Militärkommando Kärnten in engem Schulterschluss mit den hier untergebrachten bzw. übenden Kommanden und dem, für den baulichen Erhalt und Ausbau zuständigen, Militärservicezentrum 11.

Aktuelle Infrastrukturprojekte

Am Truppenübungsplatz Glainach befindet sich eine Ortskampfanlage „Angererdorf“, die in den nächsten Jahren ausgebaut und modernisiert werden soll.

/ Nach mehreren Jahren Planung wurde im Jahr 2020 der Neubau einer Großkaserne in der Oberen Fellach am Gelände der Hensel-Kaserne in Villach fixiert, 2023 ist der Spatenstich erfolgt. Danach wurden weite Teile der bisherigen Kaserne geschleift, im März 2025 erfolgte der Baustart. Aus heutiger Sicht wird 2030 die neue Kaserne im Vollbetrieb stehen.



In Villach wird die Hensel-Kaserne zur Großkaserne ausgebaut

Das Militärkommando Kärnten in der „Mission Vorwärts“ („ÖBH 2032+“)

Die Übung „Schutzschild 24“ im Juni 2024 war ein erster Schritt, um von Seiten des Militärkommandos Kärnten die Einsatzbereitschaft für die militärische Landesverteidigung wieder zu erreichen. Über 1.100 unterstellte Soldaten von verschiedenen Verbänden des Bundesheeres schützten und verteidigten kritische Infrastruktur in Klagenfurt, klärten im Einsatzraum Kärnten auf, überwachten Räume bzw. Verkehrsknotenpunkte und griffen erkannte Gegner an.



Die Übungsgruppe des MilKdo K zum Abschluss von „Schutzschild 24“

„Schutzschild 24“ gab klare Erkenntnisse, worauf sich das Militärkommando Kärnten im Zuge der Weiterentwicklung des ÖBH 2032+ bezogen auf den Einsatz einzustellen hat:

/ Das Militärkommando führt im Rahmen der militärischen Landesverteidigung sowie in Assistenzeinsätzen über die permanent zugeordneten Kräfte hinaus mehrere Bataillonskampfgruppen in jeweils getrennten Räumen, hält Verbindung zu Land, Bezirken etc. im jeweiligen Bundesland und unterstützt den Einsatz von Brigaden im jeweiligen territorialen Verantwortungsbereich.

Die permanente Führungsfähigkeit und Führungsüberlegenheit im Befehlsbereich 7 ist daher auf allen Ebenen sicherzustellen. Dazu muss ein permanentes und aktuelles Lagebild über Gegner/Konfliktparteien und Umfeldbedingungen, unter Nutzung bemannter und unbemannter Sensoren mit entsprechenden technischen bzw. sonstigen Mitteln generiert und gesichert verfügbar sein.

/ Die Fähigkeit, den „Kampf der verbundenen Waffen“ führen zu können, bleibt Alleinstellungsmerkmal der Brigadekommanden.

/ Die Infrastruktur des Militärkommandos Kärnten wird noch mehr auf den Einsatz ausgerichtet sein, in ausgewählten militärischen Liegenschaften wird eine zumindest 14-tägige Autarkie ohne Anschlussversorgung von außen zu erreichen sein. Die Versorgungselbstständigkeit für zumindest 30 Tage in allen Sachgüterklassen ist das Ziel. In als „Einsatzbasen Militärische Landesverteidigung“ designierten Liegenschaften ist die Aufnahme von Truppen und Kommanden aus anderen Räumen in Kärnten vorzubereiten.

/ Das Militärkommando Kärnten unterstützt die Fortführung der Ausbildung nach Mobilmachung und die Befüllung der Nähr- und Ersatzraten der Einsatzorganisation sowie die militäreigene sanitätsdienstliche Versorgung.



Soldaten des JgB SALZBURG üben in Klagenfurt während „Schutzschild 24“.

Ausblick

Mit der dramatischen Änderung der strategischen Lage Europas seit dem russischen Angriff auf die Ukraine ab 2014/2022 erfolgt aktuell auch in Österreich eine Rückbesinnung auf die verfassungsmäßige Aufgabe der militärischen Landesverteidigung gem. § 2 Abs. 1 lit. a WG 2001 im Inland. Dies betrifft auch die Weiterentwicklung der Fähigkeiten des Militärkommandos Kärnten.

/ Das Militärkommando Kärnten wird dazu künftig voll ausgerüstet und mit ausgebildetem Personal, welches regelmäßig übt, zu befüllen sein. Die erforderliche Wirkung in allen relevanten Domänen und Waffengattungen wird im Anlassfall durch zu unterstellende Kräfte der Landstreitkräfte und der Spezialeinsatzkräfte sowie durch moderne zeitgemäße Wirkmittel unter allen Umfeldbedingungen erzielt.

Zur raschen Reaktionsfähigkeit im Inland ist anzustreben, dass das Militärkommando Kärnten als Teil der Bereitschaftstruppe/Inland mit hohem Berufssoldatenanteil innerhalb von 12 Stunden verfügbar und einsatzbereit ist. Dazu sind ein reibungsloser Alarmierungsablauf, die rasche stufenweise Bereitstellung entsprechender Reaktionskräfte und die Vorbereitung der Mobilmachung sicherzustellen. Elemente der Reaktionskräfte – inklusive der Reaktionsmiliz – sind aufzunehmen und verstärken innerhalb von 48 Stunden die bereits im Befehlsbereich 7 eingesetzten Kräfte. Danach sind, je nach beurteiltem Bedarf, zusätzliche Truppen dem Militärkommando Kärnten zu unterstellen.

/ Das Militärkommando Kärnten muss künftig noch bereiter als bisher sein, schnell und entschlossen auf verschiedenste Bedrohungen mit militärischen Kräften reagieren zu können. ✘

Die bisherigen Militärkommandanten

1. Militärkommandant
Brigadier Anton HOLZINGER
26.07.1956–31.12.1966

2. Militärkommandant
Brigadier Karl TOLLSCHNIG
01.01.1967–31.12.1970

3. Militärkommandant
Brigadier Josef GERSTMANN
01.01.1971–31.12.1973

4. Militärkommandant
Brigadier Julius GRUND
01.01.1974–31.12.1977

5. Militärkommandant
Divisionär Michael ANNEWANTER
01.01.1978–31.12.1982

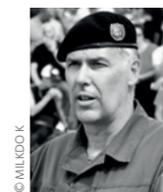
6. Militärkommandant
Divisionär Maximilian LIEBMINGER
01.01.1983–31.01.1997

7. Militärkommandant
Divisionär Mag. Gerd EBNER
19.02.1997–30.11.2006

8. Militärkommandant
Brigadier Mag. Gunther SPATH
01.12.2006–31.07.2012

9. Militärkommandant
Brigadier Walter GITSCHTHALER, MSD
07.08.2012–31.08.2023

10. Militärkommandant
Brigadier Mag. Philipp EDER
01.09.2023– dato



ZUM AUTOR

Mag. Philipp Eder

- Militärkommandant von Kärnten, davor u. a. Leiter Abteilung Militärstrategie/BMLV
- Institutsleiter Landesverteidigungsakademie
- Kommandant Panzergrenadierbataillon 35
- Kontingentskommandant in Afghanistan
- Generalstabsoffiziersausbildung
- Panzergrenadierbataillon 9

Das Jahr der Weichenstellung:

wie der Krieg gegen die Ukraine Europas Zukunft prägen wird

von Gustav C. Gressel

Als Russland am 24. Februar 2022 die Ukraine vollumfänglich angriff, stand für Europa mehr auf dem Spiel als nur das Schicksal der Ukraine selbst. Russland hatte bereits in den Jahren zuvor seine Unzufriedenheit mit der politischen Ordnung Europas bekundet. Im Dezember 2021 wurde Moskau konkret. Es forderte eine neue Sicherheitsordnung, die Russland nicht nur eine exklusive Einflussphäre in Osteuropa zugestehen sollte, sondern durch eine Rücknahme der NATO-Osterweiterung und den Abzug amerikanischer Truppen und Atomwaffen den europäischen Kontinent auch zur Verfügungsmasse russischer Zwangsmaßnahmen erklären sollte. Damit war klar, dass Moskau seine für sich beanspruchte Großmachtrolle vor allem durch die Position der Vorherrschaft über den europäischen Kontinent verwirklicht sehen wollte. Die Ukraine in einen gefügigen Vasallenstaat zu verwandeln, war der erste Schritt in diese „neue Welt“.

/ Um dies zu verhindern, um die Prinzipien der alten Ordnung – Souveränität und Gleichberechtigung der Staaten – aufrechtzuerhalten, suchten die Europäer das militärische Überleben der Ukraine zumindest abzusichern. Dass Kiew den Krieg nicht verlieren dürfe, dass es keinen Diktatfrieden nach Moskaus Gutdünken geben dürfe, war der Minimalkonsens, dem sich sogar der zögerlichste Kanzler anschloss. In der Umsetzung dieser Minimalstrategie lehnte man sich stark an die USA an, auch wenn Biden selbst nie einen stichfesten, langfristigen Plan entwickelte, wie dieses Ziel zu erreichen wäre. Stattdessen wurstelte man sich durch die Lage, immer gerade das Notwendigste tuend, damit die Ukraine nicht untergeht. Diese Zögerlichkeit rächt sich nun, da unter Donald Trump die amerikanische Militärhilfe für die Ukraine ausläuft.

Dass eine Niederlage der Ukraine für Europa schwerwiegende Folgen hätte, liegt auf der Hand, wenn man sich die in der Ukraine eingesetzte russische Streitmacht ansieht. Zum Höhepunkt der russischen Kraftanstrengung 2024 standen nicht nur 650.000 russische Soldaten in der Ukraine, sondern auch 3.400 Kampfpanzer, 7.000 Schützen- und Mannschaftstransportpanzer, 5.000 Artilleriegeschütze, davon 1.000 auf Selbstfahrlafette und 2.000 Mehrfachraketenwerfer, organisiert in sechs Armeegruppen, 20 Armeen und drei Armeekorps. Zwar besitzt Europa auf dem Papier mehr Gerät (ohne die Türkei und Ungarn, die sich höchstwahrscheinlich neutral verhalten werden) mit 3.987 Kampfpanzern, 5.806 Schützenpanzern, 11.860 Mannschaftstransportpanzern, 1.851 selbstfahrenden und 1.987 gezogenen Geschütze, 849 Mehrfachraketenwerfer und 1.582 Kampfflugzeugen. Doch das ist ein Vergleich von Äpfeln und Orangen: Die russischen Systeme befinden sich im Feld, während die europäischen Systeme die Gesamtzahl der am Papier vorhandenen Systeme auflisten. Nach 30 Jahren tiefen Friedensbetriebs und Ausrichtung auf expeditionäre Aufgaben ist die reale Einsatzbereitschaft der meisten europäischen Großverbände gering.

/ Um einsatzfähig zu werden, braucht es personelle und materielle Ergänzung, die eine Verlegung dieser Verbände um Wochen bis Monate verzögern würde. Die „Allied Response Force“ der NATO ist gegenwärtig etwa divisionsstark und Bemühungen der Allianz, die Zahl der einsatzbereiten Verbände zu erhöhen, gehen aufgrund der knappen Personalsituation in vielen Streitkräften nur schleppend voran. Die ukrainische Armee unterhält derzeit etwa 800.000 Mann, wovon über 300.000 ständig an den stark beanspruchten Stellen der Front stehen.

Um eine vergleichbare Zahl an Soldaten ins Feld zu stellen, bräuchte Europa über sechs Monate Vorlaufzeit, die es im Angriffsfall nicht haben wird.

/ Zudem fehlt den Europäern die logistische Tiefe, besonders wenn die USA nicht geschlossen an ihrer Seite stehen (oder ihrerseits in einen Krieg in Ostasien gebunden sind). Die Vereinigten Staaten produzieren einen erheblichen Anteil der in Europa benötigten Munition, vor allem für Kampfflugzeuge. Die AGM-88 HARM ist die einzige heute in der NATO produzierte Anti-Radiation Missile zur Bekämpfung von feindlichen Fliegerabwehrsystemen. Zwar sind die Europäer stolz, dass die Meteor gegenwärtig die leistungsfähigste Luft-Luft-Lenkwaaffe der Welt ist, aber die Zahl der gelagerten Raketen übersteigt selten die Zahl der europäischen Kampfflugzeuge. Nach der ersten Mission müsste also mit der amerikanischen AIM 120 weitergeschossen werden, die in größeren Stückzahlen vorhanden ist und von denen in den USA jährlich 1.200 produziert werden. Selbst wenn die Europäer ihre Munitionsbestellungen erhöhen, besteht derzeit ein eklatanter Mangel an Munitionsdepots, vor allem für komplexere Waffen. Man könnte also größere Bestellungen gar nicht lagern.

/ Auch im Bereich der Materialerhaltung und -instandsetzung weisen europäische Armeen heute erhebliche Defizite auf. Um angesichts schwindender Bestellungen den europäischen Fahrzeugsektor am Leben zu erhalten, lagerten alle europäischen Armeen Instandsetzungsaufgaben, die früher von Feldwerkstätten und Depots erledigt wurden, an die Hersteller aus. Viele Fahrzeuge können selbst bei leichten Beschädigungen nicht mehr im Feld repariert werden. Für internationale Einsätze wie Afghanistan war das nicht problematisch, die wenigen beschädigten Fahrzeuge zur Reparatur

zurück in die Heimat abzuschleppen. Aber die russische Armee setzt täglich 3000 FPV-Drohnen auf die ukrainischen Streitkräfte an, die Zahl ausgefallener Fahrzeuge wäre daher um vieles höher. Und im Kriegsfall wären die Hersteller mit neuen Produktionsaufträgen ausgelastet. So könnte man sich unmöglich um die Reparatur aller ausgefallenen Fahrzeuge kümmern.

/ Die geringe materielle Tiefe europäischer Streitkräfte wirft auch die Frage auf, wie man in einem größeren Krieg gedenkt, Verluste wieder auszugleichen und Verbände wieder aufzufüllen. Dies trifft auch auf das Problem der personellen Ergänzung zu. Die meisten europäischen Armeen sind mittlerweile Berufsarmeen mit keinen oder kleinen Reserveanteilen. Der geringe Personalumlauf von Berufsarmeen sorgt dafür, dass es kaum Reserven an ausgebildetem Personal gibt. Im Falle eines Krieges mit Russland müsste dann erst die Ausbildungsinfrastruktur geschaffen werden, um die neu mobilgemachten Zivilisten auszubilden, die dann zur Ergänzung von abgenutzten Verbänden herangezogen werden müssen. Es sei hierzu erwähnt, dass die Ukraine als Wehrpflichtigenarmee 2022 auf über 400.000 demobilisierte Veteranen des Donbaskrieges zurückgreifen konnte, um ihre Mobilmachung und die Vergrößerung und Ergänzung ihrer Streitkräfte zu unterstützen. Dennoch kämpft sie seit 2024 mit Personalmangel und mit Problemen, die Ausbildung neu Eingezogener qualitativ und quantitativ zu meistern.

/ Zudem haben die russischen Streitkräfte die Drohnenrevolution in diesem Krieg mitgemacht und ihre Lehren daraus gezogen. Kleine, aus kommerziellen Bauteilen zusammengesetzte Drohnen werden 2025 die meist verbrauchte Munition im Krieg sein. Die Ukraine strebt die Anhebung der Produktion auf fünf Millionen Drohnen an, Russland versucht in ähnliche Größenordnungen nachzuziehen. Die hohe Zahl täglicher Drohnenangriffe führte nicht nur Anpassungen in der Ausrüstung (Drohnenwarngeräte und

Störseher auf jedem Fahrzeug, Drohnenetze, mobile Störgeräte für abgesehene Infanterie, Schrotflintenschützen in den Infanteriegruppen), sondern erforderte auch Adaptionen des gefechtstechnischen und taktischen Verhaltens aller Waffengattungen. Aus diesem Grund brach die Ukraine das von EU und NATO angebotene taktische Training von Gruppen- bis Bataillonsebene 2024 ab, denn es musste die im Westen ausgebildeten Verbände und Kommandanten erst hinsichtlich der geänderten Einsatzbedingungen umschulen. (Die Ausbildung von Spezialisten, Staboffizieren und jene an westlichen Waffensystemen sowie gelegentlich die Grundausbildung, laufen freilich im Westen weiter.)

/ Müssten europäische Armeen mit heutigen Stand gegen diese russische Armee ins Feld ziehen, würde das mangelnde taktische Verständnis für den Kampf unter den Bedingungen omnipänter Kleindrohnen eine äußerst blutige Lernkurve nach sich ziehen. Freilich versuchen europäische Armeen – auch das österreichische Bundesheer – aus diesem Krieg zu lernen. Aber der Lern- und Adaptionprozess dauert in Friedenszeiten seine Zeit.

/ Denn auch im Krieg ist taktische Adaption nicht im Handumdrehen erreichbar. Als etwa im Winter 2023/24 die amerikanischen Munitionslieferungen stockten, begann die Ukraine ihre Drohnenanstrengungen auszubauen. Bis dahin waren vor allem nur die bekannten Brigaden der ukrainischen Armee – die 3. Sturmbrigade, die 47. mechanisierte Brigade, die 81. luftbewegliche Brigade, um einige zu nennen – im Drohneneinsatz versiert und gut ausgestattet, da sie über gute Verbindungen zu Herstellern und Freiwilligenorganisationen verfügten, die ihnen über Spenden konstanten Nachschub organisierten. Dann wurden Drohnen Schulen aus der Taufe gehoben, die Teilstreitkraft „unbemannte Systeme“ mit eigenen Waffenschulen und Vorschriftenwesen gegründet, um in allen Brigaden Drohnenkompanien aufstellen zu können und den opera-

tiven Kommanden Drohnenbataillone und Drohnenregimenter zur schwerpunktmäßigen Zerschlagung größerer russischer Angriffe zur Seite zu stellen. Doch bis all die Drohnenpiloten in der geforderten Quantität auch die entsprechende Einsatzreife erlangten, bis sich die taktische Koordination von Drohnenverbänden und anderen Waffengattungen – mechanisierte Truppe, Infanterie, Truppen der elektronischen Kampfführung – eingespielt hatten, bis auch die Zuständigkeiten und Feuerkoordination zwischen Drohnenzügen, -kompanien, -bataillonen und -regimentern sich eingespielt hatten, sodass russische Angriffe wiederholt im Drohnenfeuer erstickt werden konnten, war es Spätherbst bzw. Winter des Kriegsjahres 2024. In Europa, im Frieden, wird diese Adaption länger dauern.

/ Die nächste Fähigkeitslücke, die den Europäern Kopfzerbrechen bereitet, ist die Fliegerabwehr. Die prognostizierte Produktion russischer Fernwaffen belauft sich auf 34.000 „Shaheed“ Drohnen, 600 ballistische Raketen (Iskander-M, Kinshal et. al.) und 2.650 Marschflugkörper (KH-101, Kalibr, Iskander-K). Schon jetzt bereiten diese Zahlen westlichen Planern Kopfzerbrechen, da sie die Produktionszahlen von Fliegerabwehrraketen aller Reichweiten zusammen bei Weitem übertreffen, selbst wenn die USA weiter liefern würden.

/ Doch Europa hätte noch größere Probleme, dieser Bedrohung im Kriegsfall Herr zu werden. Eine erhebliche Zahl seiner Kampfflugzeuge wären dann an der Front mit anderen Aufgaben gebunden. Bodengestützte Fliegerabwehr ist aber in zu geringer Zahl vorhanden, um unzählige Objekte kritischer Infrastruktur – vor allem auch die der Rüstungsindustrie – zu schützen. Zwar wurden hier Bestellvorgänge eingeleitet, weitere Patriot, Iris-T und SAMP/T Batterien werden bis in die 2030er-Jahre in die europäischen Luftwaffen eingegliedert. Zur Abwehr unzähliger Angriffsdrohnen ist aber aus Kostengründen eine „Territorialver- ▶

Sicherheitspolitischer Bodenseekongress 2025 „Trump ist kein Schachspieler, sondern ein Münzwerfer“

von Hauptmann a. D Prof. Ing. Ernest F. Enzelsberger MBA

teidigung“ mit billigeren Systemen nötig. In der Ukraine übernehmen mobile Gruppen von Störseindern, Maschinengewehren und Kanonen auf allen möglichen selbstfahrenden Untersätzen, nachgerüstet mit Wärmebildgeräten und Feuerleitrechnern und eingebettet in digitale Führungsinformationssysteme, diese Aufgabe. Solche Strukturen sind in Europa aber nicht vorhanden. Deren Aufbau, vor allem die Ausbildung unzähliger Reserve-Fliegerabwehrverbände wird noch erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. (Ähnliches gilt auch für den Küstenschutz gegen Seedrohnen, aber das betrifft Österreich eher weniger.)

/ Europa hat also nicht nur einen durch die Friedensdividende verursachten Nachrüstungsbedarf, sondern einen weit größeren Reform- und Adaptionsbedarf im Verteidigungssektor. Wenn Boris Pistorius davon spricht, die Bundeswehr „kriegstauglich“ zu machen, ist nicht nur die Nachbeschaffung von Gerät, sondern eine Steigerung der Einsatzbreitschaft, eine Erhöhung der Durchhaltefähigkeit und Skalierbarkeit militärischer Anstrengungen und die taktisch-technische Adaption der Bundeswehr gemeint. Ähnliches trifft auf alle europäischen Streitkräfte zu. Diese Adaption wird kaum vor den 2030ern abgeschlossen sein. In demokratischen Rechtsstaaten und im Frieden muss auch die Unterstützung der Bevölkerung für diese Adaptionsmaßnahmen gesichert und die Kostenverteilung ausgehandelt werden. In der Zeit dieses Adaptionsprozesses wäre Europa gegenüber einer russischen Aggression äußerst verwundbar. Kommentatoren, die betonen, dass es die russische Armee nicht einmal im Donbas schafft, bedeutende Geländegewinne zu erzielen, übersehen, dass die ukrainische Armee diesen Adaptionsprozess mit viel Blut und Tränen durchschritten hat. Sollte diese russische Streitmacht in der Ukraine siegreich sein und sich gegen Europa wenden können, lägen Blut, Tränen und erhebliche Verluste auf unserer Seite.

/ Aber eine Niederlage der Ukraine

ist weder unausweichlich noch derzeit absehbar. Beide Armeen, die ukrainische wie die russische, haben mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Die ukrainische Armee hat Personalprobleme, zudem werden sich mit Auslaufen der amerikanischen Militärhilfen Engpässe bei der Fliegerabwehr, bei der Munition für Raketenartillerie und der Luftwaffe auftun. Inwieweit diese geschlossen werden können, hängt auch vom Willen und Improvisationsvermögen der Europäer ab, weitere Munition durch Ankäufe zu organisieren.

/ Sollte jedoch die Ukraine das Jahr 2025 überstehen und in ihrem Abwehrkampf den russischen Angreifern ähnlich hohe Materialverluste beibringen wie 2024, würde sich die Situation erheblich zugunsten Europas wandeln. Trotz gesteigerter Rüstungsproduktion werden die russischen Landstreitkräfte in erster Linie durch wieder flott gemachtes Altgerät genährt. Bereits jetzt tun sich Engpässe bei gepanzerten Transportfahrzeugen auf, da die Lager langsam zu Neige gehen und die Feldverwendbarkeit der letzten aus Freiluftdepots gezogenen Schützen- und Mannschaftstransportpanzer erhebliche Zeit beansprucht (jetzt werden die letzten Rostlauben instandgesetzt, das dauert). 2026 werden die Materialprobleme der russischen Armee aber zu strategisch-politischen (Verhandlungen) und operativen (Einstellung von Offensiven) Adaptionen zwingen. Und der Nachrüstungszeitraum – also die Zeitspanne, die die russische Industrie braucht, um die Einsatzbestände wieder aufzufüllen – würde sich erheblich verlängern. Diese Zeit würde Europa auch brauchen, um die oben skizzierten Reformen durchzubringen.

/ Die weitere militärische Unterstützung der Ukraine durch Europa ist also keine karitative Veranstaltung, sie liegt im ureigensten Sicherheitsinteresse Europas. Leider ist dies im Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit und auch europäischer Entscheidungsträger nicht ausreichend verankert. Die Aufmerksamkeit der Europäer gilt derzeit überwiegend den amerikanisch-

russischen Verhandlungen, als ob diese zu irgendetwas führen würden. Derweilen vergeht nur Zeit, die die Europäer nicht nutzen, sich auf den Ausfall der Amerikaner vorzubereiten. Anstatt über mögliche Friedenstruppen im Falle illusorischer Waffenstillstände zu sinnieren, wäre eine Steigerung der Rüstungsproduktion und Notkäufe insbesondere von amerikanischen Patriot-Fliegerabwehrkanonen, Munition für HIMARS und Bradley-Schützenpanzer vonnöten. Denn die Aufbringung dieser Mittel entscheidet darüber, ob Putin seine Ziele militärisch umsetzen wird können oder nicht. Und nur im letzteren Fall wird es zu ernsthaften Verhandlungen kommen. Tritt die erstgenannte Situation ein, ist zu erwarten, dass Putin den Rüstungs- und Erfahrungsvorsprung der russischen Armee für weitere „Spezialoperationen“ nutzen wird. Ein Rückzug der Amerikaner aus Europa oder eine innenpolitische Krise um die nächsten Präsidentschaftswahlen 2028 könnten dem Kreml dann die lang ersehnte Möglichkeit zur endgültigen Zertrümmerung der europäischen Ordnung bieten. ❌



ZUM AUTOR

Gustav C. Gressel

ist seit November 2024 Hauptlehrbeauftragter und Forscher an der Landesverteidigungsakademie Wien. Zuvor 10 Jahre am European Council on Foreign Relations in Berlin tätig, wo er vor allem den russisch-ukrainischen Krieg von seinen Anfängen auf der Krim bis hin zur Vollinvasion analysierte. Von 2003 bis 2014 versah er Dienst im Büro für Sicherheitspolitik/BMLV, davor fünf Jahre Dienst im österreichischen Bundesheer.

Im Rahmen des europäischen Integrationskonzepts „Europa der Regionen“ entstand der jährlich rotierend stattfindende „Sicherheitspolitische Bodenseekongress“ in den D-A-CH-Staaten. Unter dem Leitmotiv „Zukünftige Aspekte der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ diskutieren hochrangige Experten aktuelle Herausforderungen. Spiritus rector der Initiative ist Brigadegeneral i.R. Wolfgang Kopp. / Der 11. Kongress fand am 26. April 2025 in Rorschach (CH) statt. Hauptthema war die sicherheitspolitische Lage Europas im Lichte der zweiten Trump-Administration. Dabei diskutierten die Experten die Folgen der Administration Trump 2.0 auf die europäische Sicherheitspolitik. Einigkeit herrschte dabei darüber, dass Trump kein Schachspieler ist, sondern ein Münzwerfer.

/ Dr. Marcel Berni (ETH Zürich) kritisierte Europas sicherheitspolitische Trägheit. Die USA zögen sich zunehmend aus Europa zurück, was Europas Eigenverantwortung in der Verteidigung steigere. Neutralität müsse glaubwürdig kommuniziert werden – in der heutigen, komplexeren Welt sei das schwieriger als je zuvor. Berni forderte abgestimmte Maßnahmen zwischen neutralen Staaten wie Österreich und der Schweiz, insbesondere in Ausbildung und Rüstung. Der Krieg bleibe die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. „Wir sind neutral, aber man versteht unsere Neutralität im Ausland nicht mehr. Daher müssen wir alles daran setzen, um sie glaubhaft zu kommunizieren. Österreich und die Schweiz seien zwar nur Zaungäste in der internationalen Politik, aber sie sollten ihre Vorteile nutzen. Etwa militärisch durch eine verstärkte gemeinsame Ausbildung oder abgestimmte Rüstungsprogramme“, ergänzt Berni.

/ Wie sich Europa aus österreichischer Sicht zwischen den neu entstehenden Machtzentren behaupten kann, erläuterte Generalmajor Dr. Peter Vorhofer in seiner Analyse. „Europa habe bisher Schönwetterpolitik gemacht, dabei tobt längst ein Sturm. Wir müssen uns daran gewöhnen, dass Europa jetzt in vielen Bereichen für sich selbst sorgen muss. Das bedeutet nicht, dass wir Freundschaften und Part-

nerschaften aufgeben, aber es bedeutet, dass wir uns selbst am Riemen reißen müssen.“ Die fundamentale Zeitenwende, geprägt durch Klimawandel und neuer Weltordnung, erfordere von Europa eine Anpassungs- und eine Sicherheitsleistung, so der Krisensicherheitsberater der österreichischen Bundesregierung. Nach dem Ende eines regelbasierten Nebeneinanders werden Machtoptionen durch eine starke Wirtschaft und Verteidigungsfähigkeit definiert, wobei Strategie und Forschung entscheidend seien. Vorhofer sieht hinter Trumps Politik keinen großen Plan, sondern eine Reaktion auf die immense Verschuldung der USA und die daraus resultierende Hinterfragung ihrer Rolle als globaler Konfliktbewältiger.

/ Die Globalisierung wird zunehmend als Sicherheitsrisiko für Amerika wahrgenommen. Europa müsse daher das transatlantische Verhältnis neu definieren und sich zwischen den Machtzentren USA, Russland und China eigenständig positionieren. Die EU müsse jetzt handeln und sich von der Regelungspolitik der Friedenszeit lösen. In dieser Krisenphase seien neue Partnerschaften und flexible Koalitionen der Willigen („Coalition-Jumping“) notwendig. Europa müsse bereit sein, Macht über Wirtschaft, Information, Diplomatie und militärische Stärke auszuüben, wozu es aber die Unterstützung der Bevölkerung brauche. Angesichts der Tatsache, dass 90 % der Bedrohungen (Desinformationen) und Angriffe (digitale und kritische Infrastruktur) die Zivilbevölkerung treffen, sei die Stärkung von Sicherheitskräften und die Sensibilisierung und Resilienz der Bevölkerung essenziell.

/ Und in einem Interview mit der „NEUE Vorarlberger Tageszeitung“ am Rande des Kongresses ergänzt Vorhofer: „Wenn ein traditioneller Partner wie die USA wankelmütig wird, wird sich Europa auf seine eigenen Stärken besinnen und neue Partner suchen müssen. Das funktioniert aber nur über mehr Einigkeit und Solidarität innerhalb Europas. Es bedeutet aber auch das Überdenken unserer Prozesse, denn viele EU-Mechanismen sind für Schönwetterphasen gemacht und nicht für stürmische Zeiten.“ In der Bodenseeregion treffen EU, NATO und

neutrale Staaten aufeinander. Vorarlberg komme an dieser Schnittstelle eine besondere Bedeutung zu. Die aktuellen Herausforderungen werden wir schaffen, indem wir vom Wissen zum Handeln kommen, also Bewusstsein, Verantwortungsgefühl und Kreativität fördern. Eine resiliente Gesellschaft lebt davon, dass alle bereit sind, einen Beitrag zu leisten“, schloss Vorhofer.

/ Deutliche Worte fand Dr. Josef Braml (DGAP Berlin). Er kritisierte, dass die deutsche Politik jahrelang die imperialen Absichten Russlands und die mögliche Wiederkehr Trumps als Präsident ignoriert habe. Deutschland habe die Vorteile der bisherigen Weltordnung genutzt, ohne die nötigen politischen Konsequenzen zu ziehen. Vom ehemaligen Vermittler von Werten sei Deutschland zum Vasallen mutiert, der das Denken eingestellt hat. Er sieht in Trump den „Sargnagel für die bisherige Weltordnung“. Die neue multipolare Weltordnung werde auch in Amerika noch nicht vollständig akzeptiert. Mit dem Fokuswechsel der USA auf Asien sei Europa bereits abgeschrieben. Braml fordert deshalb, dass Deutschland und Europa „strategische Foresight“ entwickeln müssen, um langfristige Entscheidungen in Wirtschaft, Militär und Politik treffen zu können. Die zerstörerische Politik Trumps biete Europa die Chance, eigene Stärken aufzubauen. Braml plädiert für „Vereinte Staaten von Europa“ mit einem Kern aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien, den Ausbau des Euro zur Weltwährung und eine enge Verzahnung von Wirtschaft und Militär. Nur so könne Europa zwischen den USA, Russland, China und anderen aufstrebenden Staaten bestehen.

/ Oberst Mag. Josef Müller (OGV-Präsident) unterstrich die Relevanz des Bodenseekongresses als sicherheitspolitisches Forum mit wachsender Resonanz. Karlheinz Kindler (Industriellenvereinigung Vorarlberg) lobte die Klarheit und Aktualität der Beiträge – ein erfolgreicher Samstag mit Weitblick. ❌



Hauptmann a. D Prof. Ing. Ernest F. Enzelsberger
MBA (WU Wien), Militärexperte für Kommunikation und Massenmedien, Präsident der Gesellschaft für LV und Sipol in Vorarlberg.

70 Jahre Staatsvertrag und Österreichisches Bundesheer:

Eine wegweisende Diskussion zur neuen sicherheitspolitischen Ordnung

von Obstlt Mag. Lukas Leitner

Am Donnerstagabend des 15. Mai 2025 versammelten sich hochrangige Vertreter aus Militär, Politik und Gesellschaft im prunkvollen Hotel Imperial in Wien, um den 70. Jahrestag der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages und der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit zu feiern. Die Veranstaltung, organisiert von der Plattform Wehrhaftes Österreich, den Hoch- und Deutschmeistern, der Österreichischen Offiziersgesellschaft, dem Milizverband Österreich und der Offiziersgesellschaft Niederösterreich, stand unter dem Titel „70 Jahre Österreichisches Bundesheer – Der Einfluss der neuen sicherheitspolitischen Ordnung in Europa auf Österreich“. Die Podiumsdiskussion wurde von drei herausragenden Experten bestritten: dem ehemaligen NATO Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) und Vier-Sterne-General der US Air Force, Philip Breedlove, dem Generalsekretär im Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV), Dr. Arnold Kammel, sowie dem stellvertretenden Chef des Generalstabes des Österreichischen Bundesheers, Generalleutnant Günter Hofbauer.

General Philip Breedlove: Ein strategischer Weitblick

General Philip Breedlove, der von 2013 bis 2016 als NATO-Oberbefehlshaber in Europa diente, brachte seine umfassende Erfahrung in die Diskussion ein. In einer Zeit, die von der Annexion der Krim durch Russland und zunehmenden geopolitischen Spannungen geprägt war, lenkte er die strategischen und operativen Maßnahmen der NATO in Europa. Seine Expertise in der Führung komplexer internationaler Operationen und seine Fähigkeit, Bedrohungsszenarien präzise zu analysieren, machten ihn zu einem weltweit gefragten Berater. In Wien lieferte Breedlove eine eindrucksvolle Analyse der aktuellen sicherheitspolitischen Lage. „Europa steht vor einer neuen Ära der Unsicherheit“, betonte er. „Die Bedrohungslage ist nicht nur komplexer geworden, sondern auch vielschichtiger. Konventionelle militärische Bedrohungen, die wir lange für unwahrscheinlich hielten, sind wieder Realität.“ Er wies darauf hin, dass die NATO und ihre Partnerstaaten, aber auch neutrale Länder wie Österreich, ihre Verteidigungskapazitäten dringend stärken müssen, um auf diese Entwicklungen reagieren zu können.

Die neue sicherheitspolitische Ordnung: Herausforderungen für Europa und Österreich

Die Diskussion machte deutlich, dass die sicherheitspolitische Landschaft in Europa einem tiefgreifenden Wandel unterliegt. Neben traditionellen militärischen Bedrohungen durch staatliche Akteure gewinnen hybride Gefahren wie Cyberangriffe, Desinformationskampagnen und wirtschaftlicher Druck an Bedeutung. Breedlove unterstrich, dass die Fähigkeit, schnell und flexibel auf diese Bedrohungen zu reagieren, für alle europäischen Staaten entscheidend ist. Für Österreich als neutralen Staat, der nicht auf die kollektive Verteidigung eines Bündnisses wie der NATO zurückgreifen kann, ist diese Herausforderung besonders groß.

Dr. Arnold Kammel, Generalsekretär im BMLV, betonte die Bedeutung einer gestärkten nationalen Verteidigungsfähigkeit. „Neutralität bedeutet nicht Passivität, sondern aktive Verantwortung für die eigene Sicherheit“, erklärte Kammel. „Österreich muss in der Lage sein, seine Souveränität und territoriale Integrität eigenständig zu schützen. Dafür brauchen wir ein modernes, gut ausgestattetes Bundesheer, das auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorbereitet ist.“ Er plädierte für eine deutliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben, um die Modernisierung der Streitkräfte voranzutreiben, und betonte die Rolle internationaler Partnerschaften, etwa im Rahmen der Europäischen Union oder der Partnerschaft für den Frieden (PfP).

/ Generalleutnant Günter Hofbauer, stellvertretender Chef des Generalstabes, ergänzte diese Einschätzung mit einer operativen Perspektive. „Die Bedrohungslage erfordert eine flexible und einsatzbereite Streitkraft“, so Hofbauer. „Das bedeutet nicht nur Investitionen in neue Technologien wie Luftverteidigungssysteme oder Cyberabwehr, sondern auch eine Stärkung der Miliz und eine intensivere Ausbildung unserer Soldaten.“ Er wies darauf hin, dass das Bundesheer in den letzten Jahren Fortschritte gemacht habe, jedoch noch erheblicher Nachholbedarf bestehe, um mit den Anforderungen der neuen Sicherheitslage Schritt zu halten.

Österreichs Neutralität in einer polarisierten Welt

/ Ein zentraler Punkt der Diskussion war die Frage, wie Österreich seine Neutralität in einer zunehmend polarisierten und unsicheren Welt bewahren und gleichzeitig seine Sicherheit gewährleisten kann. Die Neutralität, ein Kernbestandteil der österreichischen Identität seit dem Staatsvertrag von 1955, wurde von allen Podiumsteilnehmern primär auch als Verpflichtung betrachtet. Breedlove lobte Österreichs Engagement in internationalen Friedensmissionen und seine Beiträge zur Stabilität in der Region,



Der bis auf den letzten Platz gefüllte Festsaal des Hotel Imperial.

betonte jedoch: „Neutralität erfordert Stärke. Ohne eine glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit verliert die Neutralität ihre Wirkung.“ Er forderte Österreich auf, seine Rolle als stabilisierender Faktor in Europa durch eine modernisierte und gut finanzierte Streitkraft zu untermauern.

/ Neben der hochkarätigen Podiumsdiskussion bot die Veranstaltung auch Raum für persönliche Gespräche im kleineren Kreis. Die Gelegenheit, mit General Breedlove direkt über die Herausforderungen der europäischen Sicherheitslage zu sprechen, war für viele Teilnehmer ein Höhepunkt. Seine Offenheit, seine klare Sprache und sein strategischer Weitblick hinterließen einen bleibenden Eindruck.

Fazit: Ein Weckruf für Österreich

Die Veranstaltung im Hotel Imperial war nicht nur eine würdige Feier des 70. Jahrestages des Staatsvertrages, sondern auch ein dringender Weckruf für Österreich. Die neue sicherheitspolitische Ordnung in Europa stellt hohe Anforderungen an die Verteidigungsfähigkeit eines neutralen Staates. Die Expertise von General Breedlove, kombiniert mit den fundierten Einblicken von Dr. Kammel und Generalleutnant Hofbauer, machte deutlich, dass die Zukunft des Österreichischen Bundesheers von einer klaren strategischen Ausrichtung, erhöhten Investitionen und einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung abhängt. ✕



Das Podium: Generalsekretär Arnold KAMMEL, General Philip Mark BREEDLOVE, Generalleutnant Bruno Günter HOFBAUER, Redakteur Paul TIKAL (v.l.n.r.)

Die internationale Lage und Österreich

von Dr. Otto Naderer, ObstdhmfD i. R.

Donald Trump hat als 47. US-Präsident die sicherheitspolitische Lage Europas massiver beschädigt, als es für viele Experten vorstellbar war. Zum russischen Angriff auf die Ukraine und damit im Vorfeld der EU kommt nun die große Unsicherheit betreffend die amerikanische Beistandsverpflichtung für Europa über die NATO. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass der Ukraine auf Basis eines bilateralen Abkommens zwischen den USA und der Russischen Föderation ein Diktatfrieden ohne Sicherheitsgarantien aufgezwungen wird, was Putin, der nach eigenen Aussagen einen Krieg gegen den Westen führt, mit hoher Wahrscheinlichkeit zu weiteren Aggressionen ermutigen wird. Das Fernziel Moskaus dürfte die Beseitigung der von den USA geführten sicherheitspolitischen Ordnung in Europa aus den 1990er-Jahren durch eine von Moskau dominierte sein, wie es von der russischen Führung bereits zum Jahreswechsel 2021/22 formuliert wurde. In diesem Zusammenhang ist es durchaus denkbar, dass Russland in nächster Zeit einmal den euroatlantischen Zusammenhalt testen wird, beispielsweise durch ein militärisches Vorgehen im Baltikum, wo mitunter starke russische Minderheiten beheimatet sind. Dieses Szenario ist nach einem NATO-Gipfeltreffen im Juni, das in Streit endet, umso wahrscheinlicher.

! Aus dieser bedrohlichen Lage kann Europa nur herauskommen, wenn es die Ukraine weiter uneingeschränkt unterstützt und gleichzeitig eine „strategische Autonomie“ aufbaut, die der französische Präsident Macron schon 2017 während der ersten Präsidentschaft Trumps forderte. Es darf nicht mehr sein, dass der „alte Kontinent“ vom jeweils herrschenden Wahlverhalten der US-Bevölkerung und den anschließenden Launen eines US-Präsidenten vollkommen abhängig ist.

Voraussetzungen dafür sind eine weitgehend politische Geschlossenheit der Akteure in EU-Europa und davon abgeleitet der Aufbau eigener Verteidigungsfähigkeiten zur Abschreckung des imperialen, autoritären Russlands. Erste Ergebnisse zeigen auch in diese Richtung wie die überall zu sehende Steigerung der Verteidigungsausgaben, die dafür von der EU-Kommission vorgestellten Finanzhilfen im Ausmaß mehrerer hundert Milliarden Euro und fortgesetzte Initiativen der Europäischen Verteidigungsagentur zur Koordinierung von Forschung, Entwicklung und Beschaffung in Europa hergestellter Rüstungsgüter, was vor allem die hiesige Rüstungsindustrie stärken würde. Zu begrüßen ist auch die wieder aufgenommene Kooperation mit London in der Sicherheitspolitik. Doch bleibt noch viel zu tun und die in Deutschland beginnende Diskussion über die Wiedereinführung der Wehrpflicht zeigt, dass das den Berufsarmen inhärente Problem der fehlenden personellen Reserven erst gelöst werden muss.

! Und Österreich? Österreich sollte in dieser für Europa existenziell bedrohlichen Lage vollumfänglich die europäischen Anstrengungen bzw. Initiativen unterstützen. So wie unser Land beim EU-Beitritt offiziell erklärte, dass dieser ohne Neutralitätsvorbehalt vollzogen wird und wir „konstruktiv“ an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) mitwirken werden, wofür wir ja auch die Bundesverfassung angepasst haben. Jetzt ist nicht neutrales Verhalten, jetzt ist Solidarität in Form von politischen wie militärischen Beiträgen vonnöten, um eine gemeinsame und demokratische Zukunft zu sichern. Oder wie es der bekannte Historiker C. Clark bei den Feiern zu 80 Jahre 2. Republik sinngemäß ausdrückte: „Bei einer Entscheidung zwischen rechtsstaatlicher Demokratie

und autoritären Alternativen kann es keine Neutralität geben.“

! Wozu ein Land mit solidarischem Verhalten fähig ist, zeigt das kleine Dänemark. Auf der vom IFW in Kiel erstellten Liste der Ukraine-Unterstützer rangiert es auf Platz 6 von 41 Ländern, mit 7,6 Milliarden Euro geleisteter Militärhilfe. Und das Verteidigungsbudget umfasst nach einer kürzlich erfolgten Aufstockung mehr als 3 % des BIP. ✕



© PRIVAT

ZUM AUTOR

Dr. Otto Naderer, ObstdhmfD i. R.

- geboren 1958
- ObstdhmfD i.R.
- Nach der Ausmusterung 1981 für mehr als 20 Jahre Verwendungen als Truppenoffizier in der Fliegerabwehr und der Luftraumüberwachung
- 1991 Teilnahme am Sicherungseinsatz gegenüber dem ehemaligen Jugoslawien
- Auslandseinsatz im Rahmen KFOR/10
- 2005–2010 Leiter des Referats NATO/PfP in der Abteilung Militärpolitik/BMLV, danach 4 Jahre in der Militärvertretung BRÜSSEL
- 2014–2017 am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie
- abschließend Leiter des Referats Internationale Streitkräfteplanung in der Abteilung Transformation/BMLV
- Sommer 2021 Ruhestandversetzung
- nebenberufliches Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Salzburg, Dissertation mit einer Arbeit über den Republikanischen Schutzbund



EINJÄHRIG FREIWILLIG

DAS JAHR, DAS DICH VERÄNDERT!



EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH
KARRIERE.BUNDESHEER.AT



UNSER HEER



**Das sicherheitspolitische
Gewissen der Republik
Österreich**